

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 5. März. Sämmtliche Parteien des Reichstages haben sich für die Ueberweisung der Tarifvorlagen an eine Commission behufs gründlicher Prüfung erklärt. (Wef. 3.)

Oppeln, 5. März abends. Die heute hier behufs einer Kundgebung zu Gunsten der Wirtschaftspolitik des Reichstages tagende oberschlesische Landesversammlung war von etwa 500 Theilnehmern besucht. Es wurde einstimmig beschlossen, dem Fürsten Bismarck den Dank Oberschlesiens auszusprechen. Weiter erklärte sich die Versammlung für schleunigste Wiedereinführung von Eisenzöllen und beschloß außerdem, an dem Reichstag eine Petition zu richten, dem herrschenden Nothstande durch Erweiterung des Systems der indirecten Steuern, durch eine Umgestaltung des Tarifwesens und durch eine Aenderung der Handels- und Zollpolitik abzuwehren.

Wien, 6. März. Allgemein verlautet, die neueste Konferenz über die Russen habe Rußland angeregt; Graf Andrassy werde angeblich der Konferenz zustimmen, falls sie in Berlin oder Wien stattfindet. — Russische Quellen behaupten, Unterhandlungen über eine sechsmonatliche Verlängerung der russischen Occupation Bulgariens seien bereits eingeleitet. — Aus dem Theißgebiete in Ungarn kommen erschreckende Nachrichten von Ueberschwemmungen, Szegedin sei kaum zu retten. (Post.)

Sofia, 5. März abends. Der Ausschuss der österreichischen Delegation hat mit allen Stimmen gegen zwei den Antrag des Abg. Sturm, nach welchem das Heeresbudget für die occupirten Provinzen pro 1879 mit 20 Mill. fl. festgesetzt wird (anstatt mit circa 30 Mill. fl., wie die Regierung verlangt hatte), angenommen. Sodann wurde ein weiterer Antrag Sturms, durch welchen die Regierung aufgefordert wird, die Occupationstruppen noch unter die von ihr für das nächste Quartal in Aussicht genommene Anzahl zu mindern und auf den Friedensstand zurückzuführen, mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen. Bei der Beratung eines ferneren Antrages Sturms betreffend die Nichtverwendung der bewilligten Gelder für Administrationsauslagen gab der Minister Hofmann ein ausführliches Exposé über die Verhältnisse Bosniens und der Herzegowina. Die weitere Beratung dieses Antrages wurde schließlich auf morgen vertagt.

Teplitz, 3. März, 9 Uhr 50 Min. früh. Der Wasserspiegel der Urquelle stand heute um 8 Uhr früh 13,25 Meter unter dem Schachtfranze mit einer Temperatur von 34,2° K. Haupt- und Nebenpalten erweitern sich nach unten. Der Frohne-Drummen zeigt 17,5° K. bei einem Wasserstande von 1,25 Meter. Der Wasserstand der Urquelle ist um 2,75 Meter höher als die Steinbuckquelle bei ihrer höchsten Spannung. Teplitz ist in freudiger Aufregung.

Freudenblätter knallen. (Vergrath Wolf an die Geologische Reichsanstalt in Wien.)

Paris, 4. März abends. Die Ernennung Lepère's zum Minister des Innern wird von den Radicals günstig aufgenommen. Lepère gehört zur Union republicaine und ist somit viel fortschrittlicher als Marcere. Politische Kreise sind im allgemeinen darüber einig, daß das linke Centrum gestern seine bisherige dominirende Stellung in der innern Politik definitiv verloren habe. Andererseits tadeln die gemäßigten Organe das Ministerium dafür, daß es seine Solidarität nicht aufrecht erhalten und Marcere so leicht hin geopfert habe. Der Gedanke ist aufgetaucht, ein besonderes Ministerium der Polizei und öffentlichen Sicherheit zu gründen, um auf diese Weise die vollständige Verwirrung und Desorganisation der Polizeipräfectur wieder gut zu machen. Gambetta soll dem Project gewogen sein. (Post.)

Paris, 5. März. Das Journal officiel veröffentlicht heute das Amnestiegesetz sowie die Decrete betreffend die Ernennung des bisherigen Handelsministers Lepère zum Minister des Innern und die Ernennung Andrieux zum Polizeipräfecten. Die Ernennung des neuen Handelsministers ist noch nicht veröffentlicht worden.

Paris, 5. März. Der neue Polizeipräfect Andrieux sprach sich bei der Amnestieerdebatte äußerst energisch gegen die Commune aus und war deswegen genöthigt, den unzufriedenen linken radicalen Wählern sein Mandat zurückzugeben. Andrieux ist entschiedener Republikaner, aber governmental gesinnt. Wer der neue Handelsminister sein wird, ist noch immer unbestimmt. (Post.)

Paris, 5. März. Tirard, Deputirter von Paris, ist zum Handelsminister ernannt worden.

Dover, 2. März abends. Sr. kaiserl. königl. Hoh. der Kronprinz des Deutschen Reiches ist heute Nachmittag nach einer stürmischen Uebersahrt wohlbehalten hier eingetroffen.

Petersburg, 5. März. Nach hier eingegangener telegraphischer Nachrichten sind die deutschen und die österreichischen Ärzte in Weiskanka eingetroffen und hatten bereits eine Conferenz mit dem Dr. Krassowsky. — Der Reichskanzler Fürst Gortschakow empfing heute den neuernannten englischen Botschafter Lord Dufferin.

London, 5. März morgens. Der Times wird aus Konstantinopel von gestern telegraphirt: „Der Gouverneur von Thessalien meldet, 500 Griechen hätten die Grenze überschritten und das Dorf Kleulieker zerstört. — Nach einem Telegramm der Daily News aus Alexandria wäre Rubar-Pascha in das ägyptische Ministerium wieder eingetreten.“

Wien, 5. März. Eine Meldung der Politischen Correspondenz aus Konstantinopel von gestern bestätigt, daß eine griechische Freischärlerbande einen Einfall in das thessalische Gebiet gemacht hat. Da

die Grenzgegend stark von türkischen Truppen besetzt sei, so wäre das Umsichgreifen einer Insurrection kaum zu besorgen.

Washington, 5. März. Der Congress ist durch eine Proclamation des Präsidenten Hayes auf den 18. März zu einer außerordentlichen Session einberufen.

Die Verhandlungen über die Strafgewalt des Reichstages.

Berlin, 5. März. Präsident Dr. v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 30 Min.

Der Reichstag setzt die erste Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Strafgewalt des Reichstages über seine Mitglieder fort.

Abg. Dr. Hümel:

Die gestrige Debatte wurde vollständig von einer gewissen Kühle beherrscht, die der deutsche Herr Justizminister (der Redner bezeichnet damit wiederholt den Präsidenten des Reichs-Justizamts, Staatssecretär Dr. Friedberg) in seinem Vortrage hatte vorwalten lassen, wie immer, wenn etwas delicate Fragen zur Erörterung stehen. Nur eine Rede mußten wir davon ausnehmen, die des Hrn. v. Kleist-Neuhof. Hier herrschte offenbar größere Erregung und Bewegung; es durchzitterte sie ein frischerer Ton, und ganz mit Recht, denn für Hrn. v. Kleist bedeutet die Vorlage einen großen Schritt auf der Bahn derjenigen Grundzüge, die er von jeher verfochten und verteidigt hat. Der Entwurf ist ja für ihn und seine Gesinnungsgenossen ein alter guter Bekannter; er ist hervorgegangen aus denjenigen Anfängen, die zu der Zeit, als es sich um die Wahrung der Redefreiheit des Abgeordnetenhauses handelte, von Seiten des Herrenhauses in Dugendbarkeit geliefert worden sind. Es muß ihn freuen, wieder Hand in Hand und Arm in Arm mit dem Herrn Reichskanzler gehen zu können. (Hört, hört! Sehr richtig! rechts.) Ich gestehe zu, an diesem Punkt können wir dem Reichskanzler keinen Wechsel seiner Meinung vorwerfen, — wie bei seiner Handels- und Zollpolitik. Damals, als das Abgeordnetenhaus den Spruch des Obertribunals als einen schweren Einbruch in die Verfassung erklärte und sich energisch dagegen verwehrte, war es der preussische Ministerpräsident, der am 10. Jan. 1866 sagte: „Das Verbrechen eines solchen Verstoßes wäre ein Schand für die Verfassung eines christlichen Landes; danken Sie mir mit dem Obertribunal, daß es uns von der Fiction befreit hat, unsere Verfassung mit einem so erniedrigenden Makel behaftet zu sehen.“ Unter diesem Ausdruck verbirgt sich doch wenigstens eine starke Ueberzeugung. Freilich hat der Reichskanzler zu wiederholten Malen diese starke Ueberzeugung geopfert entweder der gesammten politischen Constellation oder der Popularität, wie er sie auffaßt: er hat dem Hrn. v. Kleist-Neuhof gegenüber im Herrenhaus Versöhnung gepredigt; er hat später bei Gelegenheit der Feststellung des Strafschubuchs hier im Reichstage nachgegeben, aber er hat uns nie darüber in Zweifel gelassen, daß dies von seinem Standpunkte aus lediglich widerwillig gemachte Concessionen waren.

Der Reichskanzler wie Hr. v. Kleist stehen auf dem Standpunkte, daß die specifisch parlamentarische Redefreiheit nicht berechtigt sei, aber höchstens innerhalb der Grenzen Galtigkeit haben solle, wie sie für jede Volksversammlung bestehen. Ein so verschiedener Ausgangspunkt macht es selbstverständlich, daß auch Argumente eigenthümlicher Art

Von der Expedition Gerhard Kobl's.

Einem Schreiben des Steiermärkers Leopold v. Ullasch aus Wabi-Sesser vom 13. Jan. entnehmen wir nach der Grazer Tagespost Folgendes über eine Bedrohung der Kobl'schen Expedition:

„Heute Morgen verließ unsere kleine Karavane das 11. Lager Wabi-Seserchin und gelangte nach einem anstrengenden Marsch, bei welchem sich der Mangel an frischem Trinkwasser besonders fühlbar machte, nach Wabi-Sesser. Trotz der trostlosen Debe, trotz des Unbehagens des Kamelrittes würde unser guter Humor nicht gestört werden, bliebe uns nur der leidige Samum mit seinem beißenden, alle Kleidungsstücke durchdringenden Sande erspart. Die jüngsten Tage haben uns ohnehin Anstrengungen und Aufregungen in Fülle gebracht; sogar ein geplanter Angriff eines uns feindlich gesinnten Negerstammes machte uns zu schaffen. Die Sache verhielt sich so: Am 2. Jan. d. J. brachen wir von Matfar auf. Der Weg führte uns in südöstlicher Richtung, durch die wahrhaft ideale, an alten Baudenkmalern reiche Berglandschaft des Dakonagebietes. Nach zweistündigem Ritte erreichten wir die Grenze und betraten das Territorium der Desellaneger. Zwei vorüberkommene Karavanan empfangen uns für die Fortsetzung unserer Reise die größte Vorsticht an und berichteten viel über die Unsicherheit der Gegend und von der Raublust ihrer Bewohner. Uebertreibungen gewohnt — wol nirgends in der Welt wird so viel gelogen wie hierzulande — legten wir wenig Gewicht auf diese Warnungen und trabten wohlgemuth der hinter den Büschen

lauernden Gefahr entgegen. Drei Araber in ihrer malerischen, aber überaus schmutzigen Tracht näherten sich uns, und einer derselben frug nach dem Consul, wie Kobl's von den Eingeborenen genannt wird. Bald erkannten wir in diesem Manne einen Abgesandten des Raimalans von Dennialib, welcher Kobl's ein in arabischer Sprache abgefaßtes Schreiben überreichte, dessen Inhalt allerdings Grund genug zu ernster Sorge gab. Vierhundert Desellan, gereizt durch die Gerüchte von dem Reichthum unserer Karavane, welche Schätze und Kostbarkeiten führe, seien zum Angriffe entschlossen, und nur eine starke militärische Bedeckung könne uns die gefährliche Fortsetzung der Reise ermöglichen. Thatsächlich bemerkten wir nun auch auf den unliegenden Höhen Ansammlungen von Schwarzen, die, verwundert über unser Zögern, die Vorsticht des Hinterhalts vergaßen. Diese unliebsamen Verhältnisse nöthigten uns zum Rückzuge nach Ain-Scherfara, von wo aus ein Bote mit dem Ansuchen um militärische Bedeckung nach Tripolis abging. Nach dem Eintreffen der Beduinencavalerie nahmen wir unsere Reise wieder auf und passirten ohne Belästigung den feindlichen District. Der unerwartete Zwischenfall hat uns acht Tage lang aufgehalten. Möge das Schicksal in Zukunft mit ähnlichen Vorfällen largen.“

Bei einem der hervorragendsten Industriellen fand jüngst in dessen durch elektrisches Licht glänzend erleuchteten Villa in Charlottenburg eine Volkshausfeier statt, zu welcher zahlreiche Einladungen an Industrielle, Kaufleute, Künstler, Abgeordnete u. ergangen waren. Man amüsierte sich auf das köstlichste. Nebenbei wurden aber auch die Zoll- und wirtschaftlichen Fragen eifrig discutirt. Freihändler

und Schutzöllner schaufrten sich gar sehr auf dem neutralen Boden. Der bekannte Chef eines der ersten berliner Bankinstitute, dessen Vater den Wahlpruch hatte, daß in Geldsachen die Gemüthlichkeit aufhöre, erklärte einem ebenso bekannten freihändlerischen Fabrikanten gegenüber, „die Zeit sei nicht mehr fern, wo man den letzten Freihändler gegen Entrée in Casan's Panoptikum werde sehen lassen“. Mit gewohnter Schlagfertigkeit erwiderte der Fabrikant darauf: „Wenn Sie und Ihre schutzöllnerischen Freunde nur bann noch die nöthigen 50 Pf. für das Entrée haben werden.“ Es hat dieses Wortgefecht der beiden „Krisenfüße“ in der Gesellschaft große Heiterkeit hervorgerufen.

— In Saarbrücken haben am 3. März die gerichtlichen Verhandlungen gegen die Excedenten, welche sich aus Anlaß des marpinger Wanders den Beamten widersetzt haben, begonnen. Die Verhandlungen erstreckten sich zunächst auf die beiden ersten Angeklagten, den Pastor Wich, der beschuldigt ist, öffentlich zum Ungehorsam gegen die Anordnungen der Obrigkeit vor einer versammelten Menschenmenge aufgefodert, und den Gemeindefürster Altmeyer, der angeklagt ist, nach dreimaliger Aufforderung seitens der zuständigen Beamten sich nicht entfernt zu haben. Man rechnete, daß die Verhandlungen etwa eine Woche dauern.

— Bei einer Gerichtsverhandlung in Süddeutschland entspann sich folgender Dialog. Präsident: „Wie kann denn ein Mann so roh sein, seine Frau zu misshandeln, indem er ihr einen Teller an den Kopf wirft?“ Angeklagter: „Nobte Gerichtshalle, kennen Sie meine Frau?“ Präsident: „Ich habe nicht das Vergnügen.“ Angeklagter: „Dann reden's mir!“

— Aus Wien wird gemeldet: „Das Operntheater war bei der vierten Aufführung der „Götterdämmerung“ von Richard Wagner bis auf den letzten Platz ausverkauft. Die Mitwirkenden wurden nach dem ersten Act sechsomal, nach dem zweiten viermal gerufen.“

dafür angeführt werden. Zu diesen gehört auch dasjenige, welches aus der Socialistenbewegung und der von daher drohenden Gefahr abgeleitet wird. Es ist freilich sehr üblich, jede Beschränkung des Rechts und der Freiheit mit dem Hinweis auf die Socialdemokratie zu rechtfertigen oder gar populär zu machen; aber ich behaupte, für alle diejenigen, die jemals überhaupt grundsätzlich der spezifisch parlamentarischen Redefreiheit anhängen, ist jene Berufung null und nichtig und beweist gerade das Gegentheil. Ich will mich nicht bei dem äußerlichen Argument aufhalten. Wie groß ist denn die Zahl der Mitglieder jener staatsgefährlichen Partei? — 9 unter 397! Glauben Sie wirklich, daß dieses Zahlenverhältnis die grundsätzlichen Anhänger der Redefreiheit von der Unrichtigkeit ihrer Anschauung überzeugen wird? Mit einer so ausnahmsweisen Minderheit ist offenbar nicht zu rechnen. Ich gestehe zu, dieses Argument ist ein rein äußerliches. Aber steht es denn mit dem möglichen Mißbrauch anders, mit dem wir hier immer unterhalten werden? In einer constitutionellen Verfassung ist die Theorie des möglichen Mißbrauchs ganz unhaltbar. Ist das ein Argument gegen das constitutionelle System? Wir räumen dem Monarchen eine ganz unbedingte Unverletzlichkeit ein, nicht etwa eine solche, die auf göttlicher Ursprung zurückzuführen ist. Ich erinnere daran, daß der ehemalige Deutsche Kaiser zu Recht zu stehen hatte bei dem Pöbelgrafen bei Rhein für jedes Verbrechen.

Man sagt immer, wir hätten die unsere Privilegien garantirenden Bestimmungen aus der französischen Verfassung abgeschrieben. Das ist nicht wahr; Dr. v. Kleff überführt, daß die Bill of Rights vor aller französischen Verfassung vorhanden war, — sollten wir denn nicht voranzugehen haben, daß auch extreme politische Parteien hier unter uns ihre Vertretung finden würden? Nicht obgleich, sondern weil wir dies vorausgesehen haben, sind wir stets eingetreten und treten wir heute ein für die Redefreiheit. Die extremen Parteien sollen hier den freien Ausdruck ihrer Meinungen finden, nicht als ein Recht, sondern sie sollen gezwungen werden, ihren Theorien Ausdruck zu geben, ihre Gründe bis zum letzten Punkte vorzubringen, und dazu müssen wir ihnen eine weitgehende Redefreiheit gestatten. Nur sind wir im Stande, die Gegengründe vorzuführen. Auch nicht den Schein eines Zwanges dürfen wir ihnen auferlegen, sonst sagen sie: Wir sind nicht zu widerlegen, wir sind nur zu unterdrücken! Ein notwendiges Corollar dieser Redefreiheit ist die vollste Oeffentlichkeit der Debatten, selbst auf die Gefahr von Excessen hin, denn auch diese gehören zur Charakteristik und Beleuchtung einer Partei. (Hört, hört!) Eins freilich setzt solches Verfahren voraus, den festen Glauben nämlich, daß unsere Gründe die besseren sind, daß sie schließlich das größere populäre Gewicht, eine wahrhaft werdende Kraft besitzen. Man hat sich gestern auf die Vorgänge in Breslau bei der letzten Wahl berufen, bei welcher man genau dieselbe Stärke der Socialdemokratie constatirte wie vor Erlaß des Socialistengesetzes. Nun das beweist doch gerade, daß Polizeimaßregeln nichts vermögen, und daß man durch sie nicht den gewünschten Erfolg erreicht.

Der Herr Reichskanzler hat gemeint, daß die Gesetze zu mild ausgeführt werden; davon kann aber gar nicht die Rede sein, im Gegentheil finde ich, daß die Ausführung des Socialistengesetzes eine viel härtere ist, als in den Intentionen der Majorität lag, welche für dasselbe stimmte. Fürst Bismarck hat den Standpunkt des gemeinen Rechtes betont und eine Antithese vorgetragen zwischen den Mitgliedern des Reichstages und des Bundesrathes, die letzteren gegenüber den erstern als misera plebs bezeichnet. Ich glaube, die Antithese ist wenig glücklich gewählt und auch nicht richtig. Die Mitglieder des Bundesrathes genießen diplomatischen Schutz, zudem aber kann eine Anzahl von ihnen, wenn sie verlagert werden, sich vielleicht auf ihre privilegirte Stellung als Offizier berufen. Zudem aber unterstellen sich ja die Herren auch nicht unserer Disciplin; wenn sie das thun, wollen wir ihnen auch sehr gern die Privilegien, welche uns zustehen, gewähren. Solange sich die Herren der Disciplin dieses Hauses aber nicht unterwerfen wollen, so lange müssen sie zufrieden sein, auf dem Boden des gemeinen Rechtes zu stehen. Aber wie kommt man überhaupt dazu, diese Vorlage mit dem Hinweis auf das gemeine Recht zu verteidigen? Die erste Vorlage, welche dem Bundesrathe zuzuging, um die Reichstagsmitglieder zu maßregeln, enthielt doch die bedeutendsten Abweichungen vom gemeinen Rechte, sie enthielt als Strafe die Entziehung des passiven Wahlrechtes auf Lebenszeit. Ist eine solche Bestimmung im gemeinen Rechte vorhanden? Mitnichten. Die höchste Zusatzstrafe ist die Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren. Ganz fälschlich behauptet man, daß es sich um eine weitere Anwendung des gemeinen Rechtes handelt; umgekehrt ist es der Fall, daß man in jeder Weise bemüht ist, die privilegia favorabilia dieses Hauses in privilegia odiosa zu verwandeln.

Es ist eine alte schlimme Erfahrung, daß in Zeiten des politischen Verfalls Juristen das Höchste zu leisten glaubten, wenn sie jede noch so ungeschickliche Maßregel mit den gleichenden Formen der Wissenschaftlichkeit zu verbrümen verstanden. Es hätte tief geschmerzt, wenn dieser Vorwurf auch den ersten deutschen Justizminister getroffen hätte. Nun ist uns allerdings eine veränderte, abgeschwächte Vorlage zugegangen, indeß ist die Tendenz doch dieselbe geblieben und nach wie vor sollen zwei Verfassungsartikel aufgehoben werden: einmal die Autonomie des Reichstages, dann auch die freie Publication der Verhandlungen. Unsere Verfassung ist aber noch sehr jung, und es ist bedauerlich, wenn man fortwährend daran rüttelt. Der Bundesrath soll der Wächter der Verfassung sein, er gerade soll sie mit einer gewissen Heiligkeit und Dauer versehen. Wenn er diese seine Aufgabe verkennt, würde er leicht dem seligen Bundestage ähnlich werden, welcher mehr der Zerföhler als der Conservator der constitutionellen Rechte des Volkes war. Man sagt allerdings, es handle sich um eine Erweiterung der Autonomie des Reichstages, aber da kann ich nicht umhin, zu erklären, daß der Herr Reichskanzler durch den deutschen Justizminister schlecht unterrichtet worden ist. Wenn es wirklich die Absicht des Fürsten Bismarck war, unsere Autonomie zu erweitern, dann mußte ihm der deutsche Justizminister sagen, daß dies nur und am leichtesten durch einen Verfassungsartikel zu erreichen ist, welcher dem Reichstage eine stärkere Jurisdiction und dem Präsidenten die Executivgewalt zur Ausführung der Beschlüsse des Reichstages zuschert. Hat der Herr Reichs-

kanzler wirklich die Autonomie des Reichstages stärken wollen, dann hat er ja durch die Schuld des Herrn Staatssecretärs für Justiz das gerade Gegentheil erreicht, dieser Entwurf schlägt ja diesen angeblichen Intentionen des Herrn Reichskanzlers ins Gesicht. Dieses Gesetz würde unsere Autonomie schwächen und das Ansehen des Präsidenten untergraben. Eine ähnliche Geschäftsordnung, wie sie uns zugemuthet wird, kennt kein Parlament der Welt.

Man kann eben nicht anders sagen, als wenn es mit der ersten Vorlage darauf abgesehen schien, den Reichstag zu demüthigen, daß die Tendenz des jetzt vorliegenden Entwurfes dahin geht, nicht die Disciplin im Hause besser aufrecht zu erhalten, sondern die Redefreiheit der Mitglieder einzubäumen und juristisch zu schranken. Alle Verfassungen der Welt, und darunter auch alle französischen seit 1789, haben die Redefreiheit der Abgeordneten anerkannt, mit einer einzigen Ausnahme. Das war zur Zeit des Convents. Der konnte keine Redefreiheit vertragen. Es ist unter Umständen Pflicht des Volkvertreters, die schärfste Kritik an der Verwaltung zu üben, es ist diese Pflicht so groß, daß deren Unterlassung zum größten Schaden der Nation ausschlägt. Wer wäre im Stande, schärfere Kritik zu üben als die Zweiten'sche Rede gegen den Obertribunalsbeschluss und die Kaiser'sche gegen die Eisenbahnverbindungen? Die höchste stitische Pflicht hat diese Reden dictirt. Gewiß hat auch diese Pflicht ihre Grenzen, aber andere als durch das Anstands- und Rechtsgefühl, durch den Patriotismus gezogen werden, vermag niemand anzugeben. Nulla poena sine lege ist ein heiliger Grundsatz des gemeinen Strafrechts, es gibt keine Strafe außer für ein durch bestimmten Thatbestand fixirtes Verbrechen, wie es durch das Gesetz bestimmt worden. Der Gesetzentwurf führt ein neues Strafsystem in unser Recht ein. Die höchste Stufe desselben ist die Möglichkeit des Ausschusses aus dem Reichstage. Aber das scheint mir nicht ganz genügend überlegt. Den Ausschluß von einer einzelnen Sitzung könnte man rechtfertigen als eine Executionsmaßregel, als eine cautio, aber darüber hinaus soll nun den Betreffenden die passive Wahlfähigkeit auf eine gewisse Zeit aberkannt werden. Die Hinweisungen auf analoge Analogien in England und Frankreich sind aber unzutreffend. Denn dort ist die Stellung der Parlamente eine ganz andere. Uns kann jeder Richterpruch ein Mitglied auf eine bestimmte Zeit entziehen, in den genannten Ländern bedarf aber ein solcher Richterpruch erst noch der Bestätigung durch das Haus. Will irgendjemand behaupten, daß die Durchbrechungen der Disciplin, die Excesse in den Reden im englischen und französischen Parlament seltener vorgekommen sind als bei uns? Was nützen dann also so schroffe Strafbestimmungen? Wenn man über den Ordnungsruf des Präsidenten eine Instanz setzt, so verliert damit der Ordnungsruf an Gewicht und Autorität, damit aber ist dann der ganze Effect vernichtet, denn ohne die höchste Autorität sind alle Ehrenstrafen wirkungslos. Ich kann also hier kein Bedürfnis anerkennen an Abänderung unserer Geschäftsordnung.

In Belgien ist ein heißer Kampf der Parteien im Parlament gewesen von jeher, und dort ist man mit dem auch bei uns geltenden Disciplinarsystem der Geschäftsordnung vollkommen ausgekommen. Also nicht bloß wegen juristischer und theoretischer Beheuten, sondern auch auf Grund der praktischen Erfahrungen bin ich gegen das vorgelagte Gesetz, und ich bin auch gegen jede Resolution, gegen jede Abänderung der Geschäftsordnung vor allem in diesem Augenblicke, denn sonst würde es scheinen, als handelten wir unter dem Drucke dieses Gesetzes. (Sehr wahr! links.) Was das Verbot der Verbreitung von Reden angeht, so glaube ich nimmermehr, daß alle Polizeimaßregeln etwas helfen würden; durch tausend Voren dringen unsere Verhandlungen in die Oeffentlichkeit, und wir würden die Presse nur anreizen zum Verschleiern. Und hat denn jemals eine Publication gerichtlicher Urtheile Schaden gebracht? Das Urtheil liegt vor allen Augen ausgebreitet und niemand hat davon Schaden. Die Vorlage sagt die Oeffentlichkeit in der Weise auf, wie es früher der Absolutismus that. Umgekehrt gibt es aber keine bessere Controle als die Oeffentlichkeit. Wäre es nicht eine Ungerechtheit, wenn man die parlamentarische Strafe der Oeffentlichkeit übergeben wollte, die strafbaren Excesse selbst aber verschleierte? Das Vertrauen auf die stitische Kraft unsers Volkes veranlaßt mich, gegen den Entwurf zu stimmen.

Präsident des Reichs-Justizamts Staatssecretär Dr. Friedberg:

Meine Herren! Ich weiß wohl, daß das, was ich zu sagen habe, sehr wenig heranreicht an die Bedeutung der soeben gehörten Ausführungen, aber in Einem Punkte unterscheidet sich meine Rede zu ihrem Vortheile von der letzten, durch die Kürze der Zeit, die sie in Anspruch nimmt. (Weiterheit; Unruhe links.) Abg. Hänel hat es für zulässig gehalten, in seine Beurtheilung dieser Vorlage einen andern Entwurf hineinzuziehen, der niemals diesem Hause vorgelegen hat, und ich habe geglaubt, daß dieses hohe Haus genug zu thun hat mit dem, was ihm verfassungsmäßig zugewiesen ist, als daß es noch Zeit dazu hätte, über etwas größere Ausführungen anzuhängen, was für dieses Haus gar nicht vorhanden ist. Dr. Abg. Hänel sagt, es sei eine Heuchelei, wenn gestern von dieser Stelle behauptet sei, man habe die autonomen Präsidialbefugnisse nicht antastan wollen. Er hat dann eine geistvolle Ausführung gemacht, wie er einen Entwurf abgefaßt haben würde, der wirklich diese Präsidialbefugnisse verschärfen wollte. Die Ausführung war sehr ansprechend, nur ging sie dahin, daß dieser Entwurf bloß die Befugnisse stärken wollte, aber nicht auch Pflichten auferlegte, und letzteres hat unser Entwurf allerdings gethan. Er will die Pflicht auferlegen, daß ungeschickliche Ausschreitungen mit schwereren Strafen sollen heimgesucht werden, als sie die jetzige Geschäftsordnung gibt. Freilich, wenn man bloße Rechte will, dann ist es leicht, die Autonomie ganz dem Reichstage zu überlassen; das war aber nicht die Meinung der Regierungen, sondern sie wollten mit gleichem Maße neue Rechte und Pflichten dem Hause auferlegen.

Es folgte in der eben gehörten Rede ein längerer Excursus darüber, ob der Bundesrath die ihm auferlegte Pflicht eines Wächters der Verfassung verleihe habe. Ich glaube, daß die Frage, ob eine Verfassungsbestimmung abzuändern sei, gerade zur Cognition des Bundesrathes gehört, und wenn sich dann keine 14 Stimmen dagegen finden, so ist für Sie hier die Sache erledigt. (Lachen links.) Sie sind nicht der Wächter des Bundesrathes, sondern, wenn der

Bundesrath eine Verfassungsänderung gut findet, so thut er es, weil er die Verfassung so gestalten will, wie es dem Wohle des Reiches entspricht. Endlich hat Dr. Abg. Hänel meine Person wiederholt in die Debatte hineingezogen und er hat seine Verwunderung ausgedrückt, daß der Leiter der Reichsjustiz keine — ich will einmal sagen geringen — technisch-juristischen Kenntnisse dazu habe hergeben können, einem solchen Gesetzentwurfe die Form zu geben, und er hat durchleuchten lassen, daß ich unmöglich einverstanden sein könne mit dem Inhalte des Entwurfes, daß mir der Entwurf also octroyirt sein müsse. Ich würde glauben, gegen meine Pflicht als Reichsbeamter und gegen die Wahrheit zu verstoßen, wenn ich durch mein Schweigen auch nur die Möglichkeit der Annahme auskommen ließe, als ob dieser Gesetzentwurf wider meine Ueberzeugung von mir ausgearbeitet wäre. Ich theile den Inhalt des Entwurfes, ich halte ihn für notwendig, weil ich nicht von gestern und heute, sondern von Jahr zu Jahr mehr überzeugt bin, daß in der Ausübung unserer Redefreiheit etwas drückt. Hätte der Entwurf die Remedur dagegen in irgend etwas andern suchen wollen als in einer eigenen Instanz des Hauses, dann würde der Einwand vielleicht gerechtfertigt sein. Das war nicht der Fall, und darum weise ich den Vorwurf im Interesse der Wahrheit und Ehre von mir ab. (Beifall rechts.)

Abg. Frz. Schenk v. Stauffenberg:

Mit großem Erstaunen habe ich soeben die Ausführungen des Herrn Staatssecretärs gehört, daß es nicht die Absicht gewesen sei, in die Rechte, Befugnisse und Initiative des Reichstages einzugreifen; Wortlaut und Motive der Vorlage beweisen das gerade Gegentheil. Beim ersten Bekanntwerden dieses Gesetzentwurfes hat sich durch ganz Deutschland eine hochgradige Erregung und selbst Entrüstung bemerkbar gemacht. (Widerpruch rechts.) Die Einbringung des Entwurfes sowie die Verhandlungen hier im Hause haben es dem Präsidenten gewiß nicht leicht gemacht, die Verhandlungen fortzuführen. (Zustimmung links.) Mit der Vorlegung sollte seitens des Bundesrathes keine Kritik über die bisherige Geschäftsführung des Präsidiums geübt werden; liest man aber auf S. 1 der Motive: „Die bisherige Geschäftsordnung hat vielleicht ausgereicht, um die Ordnung nothdürftig amrecht zu erhalten“ —, so liegt darin, falls die Worte der deutschen Sprache noch eine Bedeutung haben, die schärfste Kritik gegen die Ausführung der Präsidien, die überhaupt ausgesprochen werden konnte. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Hinweise auf England und Amerika entbehren jeder Unterlage, weil die constitutionellen Verhältnisse mit den unserigen sich gar nicht in Vergleich stellen lassen. Die Hauptsache bleiben die Motive schuldig, nämlich den unwiderleglichen Nachweis von der Unentbehrlichkeit der verschärfenden Bestimmungen. Alles, was seit dem constituirten Reichstage, ja seit dem Zollparlament in dieser Hinsicht an Ausschreitungen vorgekommen sei, sei durchaus minimal. Das Argument, das sich als Ornament in den Motiven findet, nämlich die Behauptung von Beleidigungen dritter Personen, ist auch nicht durch einen einzigen concreten Fall belegt. Redner erklärt sich für die Bornahme der zweiten Beratung im Plenum. (Beifall links.)

Bevollmächtigter zum Bundesrathe, Präsident des Reichs-Justizamts Dr. Friedberg:

Der Herr Redner hat behauptet, daß in den Motiven zu der Vorlage gewissermaßen ein Mißtrauen und ein Vorwurf gegen die bisherige Führung der Präsidialgewalt ausgesprochen sei. Dies ist nicht der Fall, vielmehr ist ausdrücklich gesagt, daß der Präsident nicht in der Lage sei, mehr zu thun, sondern ihm vielmehr die Gesetzgebung zu Hülfe kommen müsse. Der Herr Abgeordnete hat ferner wiederholt, was der Abg. Kaiser gestern bereits ansäußerte, daß es doch vor allem Sache der Regierungen gewesen wäre, das Bedürfnis nach einem solchen Gesetze nachzuweisen. Nun, Sie können überzeugt sein, daß wir eine ganze Anzahl von Stellen Ihnen vorlesen könnten, welche den Mißbrauch der Redefreiheit beweisen und das Bedürfnis der Vorlage zur Genüge erhärten. Indes werde ich dem geistigen Beispiele des Abg. Kaiser folgen und weder Äußerungen vorlesen noch Namen nennen, zumal die Redner, welche ich im Sinne habe, sich noch im Hause befinden. Was nun ferner die Motive anlangt und die Vorwürfe, die Abg. Kaiser der Gründlichkeit derselben macht, so mu ich sagen, daß ich auf die herbe Kritik, als ob sie „auf der Straße ausgelesen“ wären, nicht zurückkommen mag. Was aber englische Rechtsübung in den Motiven steht, beruht auf Studien, die wir, wenn man nicht selbst in England lebt, doch nur anstellen kann in der Literatur und in dem, was wir sonst in den Rechtsquellen finden. Und danach bestreite ich ganz entschieden die Behauptung des Abg. Kaiser, daß das im Parlament strafrei „gesprochene“ Wort strafrei bleibt, wenn es „gedruckt“ ist. Das gedruckte Wort ist in England dem Gemeinen Recht unterworfen. (Widerpruch links; Rufe: Das schlage ja eben!) Nein, es schlägt nicht, denn sonst hätten wir keine Verurtheilungen. Ich bleibe dabei, daß die so apodiktisch ausgesprochene Behauptung des Abg. Kaiser unrichtig ist, es müßten denn alle Quellen lügen. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel:

Die sogenannten Ausschreitungen, welche dem Gesetzentwurf zur Motivirung dienen, sind ja dem Hause aus der vorigen Session noch wohl bekannt, und wir sind dem Herrn Bundescommissar nicht zu Dank verpflichtet, daß er hier unterlassen hat, die Namen zu nennen und die Thatfachen anzuführen. Nach unserer Meinung soll mit dem Gesetzentwurf, wie ja auch die bisherige Debatte ausgewiesen hat, zweierlei erreicht werden, erstens die noch im Hause sitzenden Mitglieder der socialdemokratischen Partei womöglich noch vor den Wahlen von hier zu verbrängen, und zweitens die dem Reichskanzler persönlich so sehr verhasste parlamentarische Redefreiheit zu beseitigen, die er vor 13 Jahren mit Hülfe der praktischen Gerichte nicht beseitigen konnte. Das geht vor allem daraus hervor, wie der Herr Reichskanzler gestern der Gesetzentwurf verteidigt hat. Dem gegenüber erinnere ich daran, daß der Abg. Hänelmann in dem gestern angezogenen Fall sagte: „Ich antworte auf die vielen Provocationen des Fürsten Bismarck“; ich erinnere daran, daß, nachdem Fürst Bismarck ausdrücklich die Aussage eines Mitgliedes des Reichstages als Lügen bezeichnet hatte, ich an den Präsidenten des Hauses die Anforderung richtete, dem Reichskanzler einen Ordnungsruf zu ertheilen, und wie dies nicht geschehen ist. Es ist schon

von früheren Commissionen 9. und 10. Obertribunal Zweiten sei Ausdrücke im ge der Augen dachten wollten. „I zufen, wo b Richtwirkli gibt heute n schäftsordn parlament Präsidenten einem Pa den darf. Abg. I Ich dem als die Con daß man si dem Hause hat die Reg schritten.“ daß dieser konnte. W Redefreiheit sei das Fil halb des S brauch der daß angegr zur Vertie nahm Filr die heute n wurde un wir vertie hätten kein Rothhande. dann müßt geworden f nun in jen dasselbe ni v. Rabena s. 190, der genommen möglich. schrieb ich socialdemof stellte einen zu sechs M. Ja, rufen Also erst n tage unse ich die Pre ist das Fil Gesetz gew auch den kann. Wih marck Stra wir ihn a p reussifche haben ja u Dann h Ben Milde führt sie, der Kanzler den letzten hat (Beifall gehen der führung d „constitue o tigte und u schieden ha in den Aug Diese erken zen an, so an socialde werden kam Gelegenhei lich der Au radegu den gierungen in der Pra dazu angen kleine Bela wo die S hätte er ja denn hier (Gelächter. Reich und schädigen. legen sollen Digen muß gerade die Reuwahl v wägung ge gierung ni ger würde geaphen, b erklärt, ein haben könn „Ausg Polizeibeh lische ob der besche in einer d der Bediff Selbst len wie e worden, u Späterber nen Zeitr nimmer in Wenn also muß der v den. Aler für die Bu wenn im

von früheren Rednern hingewiesen worden auf frühere Vor-
kommnisse auch im preussischen Abgeordnetenhaus. Am
9. und 10. Febr. 1866 wurde dort über den bekannten
Obertribunalsbeschluss verhandelt und dabei gebrauchte Abg.
Trosien sehr starke Ausdrücke. In jener Debatte fielen
Ausdrücke wie die: „Man dürfe nicht bloß dulden, man
müsse im gegebenen Augenblick auch zu handeln wissen, und
der Augenblick, wo Karl I. die Parlamentsmitglieder ver-
haften wollte, sei der letzte Augenblick seiner Autorität ge-
wesen.“ Ja ich kann mich selbst auf das Herrenhaus be-
ziehen, wo dem Abg. Trosien damals Lüge, Verleumdung,
Nichtswürdigkeit vorgeworfen wurde. Und im Herrenhaus
gibt heute noch eine vom Könige selbst vorgeschriebene Ge-
schäftsordnung. Das Herrenhaus ist heute noch eine Art
parlamentarisches Offizierscorps.

Präsident: Es ist wol nicht zulässig, daß von
einem Parlament in dieser Weise gesprochen wer-
den darf.

Abg. Bebel:
Ich denke, das ist doch nichts Ehrenrühriges? Es ist
als die Consequenz des Socialistengesetzes bezeichnet worden,
daß man suchen müsse, die socialistischen Abgeordneten aus
dem Hause los zu werden. Gewiß! natürlich! aber da
hat die Regierung gerade den allerungeschicktesten Weg be-
schritten. Die Regierung mußte von vornherein wissen,
daß dieser Entwurf nie die Mehrheit im Reichstage finden
konnte. Abg. Kaster hat schon gesagt, wenn jemand die
Redefreiheit bis zur äußersten Grenze ausgenutzt habe, so
sei das Fürst Bismarck selbst. Wenn schon Männer außer-
halb des Hauses geschickt werden sollen gegen den Miß-
brauch der Redefreiheit, so sollte man auch darauf sehen,
daß angegriffene Mitglieder des Hauses Gelegenheit erhalten
zur Verteidigung. Beim §. 130 der Strafgesetznovelle
nahm Fürst Bismarck das Wort und that Ausserungen,
die heute noch uns als äußerst beleidigend erscheinen. Da
wurde uns Socialdemokraten alles Mögliche vorgeworfen,
wir verteidigten Nordbrenner, sprächen dreiste Lügen,
hätten keine Bildung und trügen Mißthum am herrschenden
Nothstande. Ich schalte ein, wenn letzteres wahr wäre,
dann müßte es doch jetzt, wo alle Agitation schweigt, besser
geworden sein. Das ist doch aber nicht der Fall. Als ich
nun in jener Sitzung mich zum Worte meldete, erhielt ich
dasselbe nicht, es wurde ein Schlußantrag des Abg. Frhr.
v. Rabenau angenommen, desselben Abgeordneten, der
§. 130, der in zweiter Lesung abgelehnt war, vorher aus-
genommen hatte, um dem Reichskanzler die Rede zu er-
möglichen. Ungefähr sechs Monate nach diesem Vorgange
schrieb ich eine Broschüre, in welcher ich diese Kritik der
socialdemokratischen Tendenzen bekämpfte. Fürst Bismarck
stellte einen seiner bekannnten Strafanträge, und ich wurde
zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt. (Bravo! rechts.)
Ja, rufen Sie nur Bravo, mir hat das nichts geschadet.
Also erst wurde mir die Gelegenheit genommen, im Reichs-
tage unsere Bestrebungen verteidigen zu können, und als
ich die Presse dazu benutzte, wurde ich bestraft. Vielleicht
ist das für den Fürsten Bismarck auch ein Motiv für dieses
Gesetz gewesen, daß er von seinen tausend Strafanträgen
auch den Reichstagsmitgliedern einige zukommen lassen
kann. Wir selbst würden ja nie gegen den Fürsten Bis-
marck Strafanträge stellen, und thäten wir es, verlagten
wir ihn als deutschen Reichskanzler, so würde er als
preussischer Generalmajor dem Strafantrage entgegen. Wir
haben ja unsere Erfahrungen gemacht.

Dann hat der Herr Reichskanzler von der überaus gro-
ßen Milde gesprochen, mit der das Socialistengesetz ausge-
führt sei. Entweder liegt hier ein schlechter Scherz vor, oder
der Kanzler ist infolge seiner außerordentlichen Thätigkeit in
den letzten Monaten, die selbst einen agitatorischen Charakter
hat (Beifall links), verblindet gewesen, sich mit dem Vor-
gehen der Regierung zu beschäftigen. Ich will die Aus-
führung des Gesetzes jetzt nicht eingehend besprechen, ich
konstatire aber, daß auch gestern wieder der Kanzler berech-
tigte und unbescholtene socialdemokratische Tendenzen unter-
schieden hat; eine solche Unterscheidung existirt aber nicht
in den Augen der Polizeibehörden und der Reichscommission.
Diese erkennt keine berechtigten socialdemokratischen Tenden-
zen an, sondern unterdrückt alles, was auch nur entfernt
an socialdemokratische Bestrebungen anstreift oder so gedeutet
werden kann. Wir werden ja wol in dieser Session noch
Gelegenheit haben, über einzelne Punkte zu sprechen bezüg-
lich der Ausführung des Socialistengesetzes. Man hat ge-
radezu den Gesetzentwurf ausgeführt, wie er von den Re-
gierungen eingebracht ist, und man hat die Abänderungen
in der Praxis unberücksichtigt gelassen, die vom Reichstage
dazu angenommen waren. Wenn Fürst Bismarck sagt, der
keine Belagerungszustand sollte überall da verhängt werden,
wo die Socialdemokraten die Majorität hätten, — dann
hätte er ja über Berlin gar nicht verhängt werden dürfen,
denn hier haben wir ja leider noch nicht die Mehrheit.
(Gelächter.) Der Entwurf, wie er eingebracht ist, wird das
Reich und den Reichstag im Auslande schwer im Ansehen
schädigen. Man hätte den Reichstag nicht in die Lage ver-
setzen sollen, daß er scheinbar die Socialdemokraten vertei-
digen muß. Und wenn der Fürst Bismarck vielleicht denkt,
gerade dieses Motiv bei einer vielleicht nicht sehr fernen
Neuwahl verwerten zu können, so steht dem doch die Er-
wägung gegenüber, daß selbst die intimen Freunde der Re-
gierung nicht haben mit ihr stimmen können. Noch richti-
ger würde es sein, wenn man einfach dem Verfassungspara-
graphen, der alle Deutschen mit 25 Jahren für wahlfähig
erklärt, einen Zusatz geben wollte, der folgenden Wortlaut
haben könnte:

„Ausgenommen sind solche Personen, von denen die
Polizeibehörden annehmen, daß sie socialdemokratische, social-
istische oder communistische Bestrebungen, die den Umsturz
der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken,
in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht
der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise verfolgen.“

Selbst die Fortschrittspartei ist ja bei den letzten Wah-
len wie eine Vorfrucht der Socialdemokratie behandelt
worden, und sogar gegen die national-liberale Partei ist im
Spätherbst vorigen Jahres in der Norddeutschen Allge-
meinen Zeitung eine Sprache geführt worden, wie sie nie und
nimmer in einem deutschen Presseorgane erhört gewesen ist.
Wenn also einmal gründlich vorgegangen werden soll, so
muß der von mir gemachte radicale Vorschlag befolgt wer-
den. Allerdings muß dann auch eine ähnliche Bestimmung
für die Bundesrathmitglieder aufgenommen werden, denn
wenn im Reichstage vorkommen sollte, was in gewissen

Seiten gesagt worden ist, daß die Bäckermeister schuld
seien an den theuern Brotpreisen, wenn man ihnen an den
Kochspieß fasse, felsen die harten Thaler heraus, so meine
ich, ist dies eine sehr heftige Aufreizung zur Feindseligkeit
zwischen den einzelnen Bevölkerungsklassen (Sehr gut! Sehr
richtig! links), und Sie wissen aus der Geschichte, daß bei
allen Aufständen und Revolten die erste Wuth des Volkes
sich gegen die Bäcker gerichtet hat! (Abg. Richter-Dagen:
Sehr gut!) Es kommt weit weniger bei allen Gelegen auf
ihren Wortlaut als auf die Art ihrer Ausführung an.
(Sehr richtig! rechts.) Ich hebe hier hervor, daß nicht bloß
nach der Auffassung des Obertribunals, sondern fast aller
Gerichte der Begriff der Beleidigung jetzt weit ausgedehnter
ist als in früherer Zeit.

Wenn 1867 der Reichskanzler bei der Verabreichung der
Verfassung des Norddeutschen Bundes noch in der Lage war,
einen die Freiheit der Gerichte begünstigenden Zusatzpara-
graphen damit zu bekämpfen, daß er anführte, die schweren
Beleidigungen der Minister seien höchstens mit 30 Mark
Strafe belegt worden, so kann jetzt in Deutschland ein
solcher Fall nicht mehr vorkommen. Unter zehn Verurtheilun-
gen wegen Beleidigung sind heute neun Gefängniß- und
nur eine Geldstrafe; das geht so weit, daß neuerdings in
Wiesbaden eine Beleidigung des Herrn Reichskanzlers mit
sieben Monaten bestraft wurde, während eine Gotteslästerung
mit 14 Tagen abgefunden wurde. (Hört, hört! links.) Die
deutschen Volkswortreter sind überhaupt äußern Einklaffen
weit zugänglicher als irgendeine andere Vertretung. Wenn
in der Provinzial-Correspondenz angeklagt ist, man sei
der Ansicht, daß der Reichstag bis zu einem bestimmten
Termin mit seinem Beschlusse fertig werden könne, so scheint
es, als ob alles Mögliche gethan werde, um diesem Wunsche
Rechnung zu tragen. Ueber irgendwie unbenqueme An-
forderungen entsetzt sofort auf Commando ein furchtbarer
Lärm in der officiellen Presse, und ich behaupte, seit dem
Moment, wo dieser Entwurf vorgelegt wurde, ist bereits
ein ganz merklicher Einfluß auf die Handhabung der Ge-
schäfte hier im Reichstage sichtbar geworden. Was den
Ausdruck „Bauernbriefe“ anbelangt — (Der Präsident unter-
bricht den Redner und erklärt eine Auseinandersetzung, die
sich auf seine gegenwärtige Geschäftsführung beziehen würde,
für unzulässig. Der Redner läßt den Gegenstand darauf
fallen.) Zur Beurtheilung der Frage, wie das Ausland
die Vorlegung des Entwurfs auffasse, genüge es, den Aus-
spruch des Manchester Guardian anzuführen: Eine derartige
Vorlage sei eben nur in Deutschland, in keinem andern
Lande möglich. Redner hebt dann noch die Unausführbar-
keit einiger Bestimmungen des Gesetzes, namentlich bezüglich
der Veröffentlichungen durch die Presse, hervor und bittet
die Vorlage zu verwerfen.

Hierauf wird die Discussion geschlossen.

Persönlich hält Abg. Dr. Kaster seine Behauptung,
daß Publicationen der Parlamentsreden in England
straflos seien, dem Staatssecretär Dr. Friedberg gegen-
über aufrecht.

Die Verweisung der Vorlage an eine Commission
wird darauf abgelehnt.

Für die commissarische Verathung stimmt ein Theil
der Rechten und Abg. Dr. Baumgarten.

Es folgen Wahlprüfungen; namens der dritten
Abtheilung beantragt Abg. v. Karborski betreffend die
Wahl des Abg. v. Kalkstein im 4. Wahlkreise des
Regierungsbezirks Danzig, dem Reichskanzler die in den
Acten befindliche Beschwerde d. d. Darslab, 31. Juli
1878, mit dem Ersuchen zu überweisen, wegen der
bei der Wahl dafelbst angeblich vorgekommenen Un-
regelmäßigkeiten eine gerichtliche Untersuchung einleiten
zu lassen; und betreffend die Wahl des Abg. v. Waldow-
Reitzenstein im 5. Wahlkreise des Regierungsbezirks
Frankfurt, dem Reichskanzler zu ersuchen, die in den
Acten befindliche Beschwerde d. d. Reppen, 31. Juli
1878, wegen angeblicher polizeilicher Wahlbeeinflussung
untersuchen, eventuell Remedur eintreten zu lassen.

Im Namen der fünften Abtheilung beantragt Abg.
Ulhen bezüglich der Wahl des Abg. Wöllner die in
der Eingabe desselben vom 18. Sept. v. J. aufge-
stellten Beschwerdepunkte, mit Ausnahme des sub Nr. 5
aufgeführten, zur Kenntniß des Reichskanzlers behufs
Untersuchung und eventueller Rectification zu bringen,
mit dem Ersuchen, dem Reichstage von dem Resultat
Mittheilung zu machen.

Diese Anträge werden ohne Discussion vom Hause
angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. Tagesordnung:
Zweite Lesung des Entwurfs über die Strafgewalt
des Reichstages gegen seine Mitglieder; zweite Lesung
des Etats und zwar: Reichskanzleramt, Reichskanzlei,
Reichsheer, Marine, Auswärtiges.

Das Compromiß in der Steuer- und Zollfrage.

— Leipzig, 6. März. Die unlängst aufgetauchte
Hoffnung, daß es in der Zoll- und Steuerfrage trotz
der scheinbar unübersteiglichen Klüft zwischen den beiden
sich gegenüberstehenden Parteien dennoch vielleicht zu
einer Verständigung kommen könne, indem der Reichs-
kanzler selbst eine solche wünsche — diese Hoffnung er-
weute sich gestern schon als bedeutend herabgestimmt.
Heute finden wir in einer berliner Correspondenz der
Hamburgischen Nachrichten eine nähere Andeutung dar-
über, welche Art von Vermittelung beabsichtigt gewesen,
aber freilich auch darüber, daß und weshalb diese Ab-
sicht — bis jetzt wenigstens — unfruchtbar geblieben sei.
Es sei, heißt es dort, in Reichstagskreisen der Ge-

danke angeregt worden, daß gemäßigte Freihändler
und Schutzöllner sich einigen möchten auf Wiederher-
stellung von Eisenzöllen etc., um so wenigstens den
agrarischen Feldzugsan zu durchkreuzen; leider aber sei
in dieser Richtung keine Majorität zu bilden. Nur
die National-Liberalen (mit vereinzelt Ausnahmen)
und die Gruppe Löwe wären dazu bereit; die Fort-
schrittspartei lehne jede Concession an die Protection-
nisten ab, und die Conservativen sowie die Landwirthe
des Centrums wollten Industriezölle nur „Zug um
Zug“ mit Korn- und Viehzöllen bewilligen. So fehle
für eine „Vermittelung“ jeder Boden, solange Fürst
Bismarck auf der Forderung landwirtschaftlicher Schutz-
zölle beharre. Dieser nun scheinbar unter einem „Com-
promiß“ die Annahme des Princips seiner Zollpolitik
bei einigem Markten um die Höhe der Zölle zu ver-
stehen. Darauf aber werde weder Hr. Delbrück noch
die große Mehrheit der national-liberalen Partei
eingehen.

Die Magdeburgische Zeitung, die sich schon früher
für die Compromißidee ausgesprochen, hält es für mög-
lich, daß man sich auf folgende Punkte einige: 1) Eisen-
zölle; 2) als Compensation für die Landwirtschaft
mäßige Schutzzölle auf die werthvolleren Artikel der
letztern, also z. B. die (schon von Miquel vorgeschla-
genen) Fettviehzölle, woneben dahin zu wirken, daß
dem deutschen Zucker und Spiritus möglichst viel aus-
ländische Märkte eröffnet würden; endlich 3) nöthigen-
falls einige Retorsions- oder Kampfeszölle, um über-
haupt günstige Handelsverträge mit dem Auslande zu
erlangen, also etwa gegen Frankreich einen höhern
Weinzoll, nach anderer Seite (gegen Rußland?) viel-
leicht sogar einen Getreidezoll.

Es sind das Vorschläge, welche sich in der Döna-
brücker Zeitung finden, also wahrscheinlich von Miquel
herrühren, der sich bekanntlich als sehr gemäßigter
Freihändler, beziehentlich Schutzöllner, bereits in einer
Rede, die wir seinerzeit mittheilten, angeklagt hat.

In Bezug auf die Zölle auf Tabak etc. dürfte
eine Verständigung mit dem Reichskanzler wol kaum
mehr so schwer sein; ja es wäre möglich, daß seinen
finanziellen Forderungen nach dieser Seite hin jetzt
vollständig genügt würde. Wäre dies nur ein Jahr
früher geschehen! Leider aber hat der Reichskanzler,
zum Theil wol im Unmuth über die damals ihm ge-
machten Schwierigkeiten, zum Theil, weil er eben um
jeden Preis höhere selbständige Einnahmen fürs Reich
gewinnen wollte, inzwischen den Anstoß zu jener
schutzöllnerischen und besonders auch agrarischen Be-
wegung gegeben, mit der es ihm gehen dürfte, wie
dem Zauberlehrling bei Goethe: „Die ich rief, die
Geister, werd' ich nun nicht los.“

Jedenfalls ist das ein sehr verhängnißvoller Schritt
gewesen, den der Reichskanzler gethan, für einen
Staatsmann ein sehr gewagter. Er hat damit einer
Strömung, die ohnehin bereits im Wachsen war, durch
sein Ansehen einen Nachdruck gegeben, der sie weit
über alle Ufer hinaus ins Maßlose hat anschwellen
machen. Es wäre bedauerlich, wenn eine solche Strö-
mung, die weit mehr in zufälligen und vorübergehen-
den als in bleibenden Verhältnissen der deutschen Wirt-
schaftspolitik wurzelt, eine vollständige Umkehr dieser
zu Wege brächte, wäre es auch nur auf einige Zeit,
wo dann abermals ein Umschwung eintreten müßte.
Und doch erscheint ein solches Resultat bei der Zusam-
mensetzung des Reichstages als gar nicht unmöglich.

Deshalb eben wünschten wir aufrichtig, daß we-
nigstens noch ein Compromiß zu Stande käme, und zwar,
ehe es zu spät ist. Wenn Dr. Delbrück sich dieser
Aufgabe unterzöge und sie glücklich löste, so würde er
seinen frühern großen Verdiensten ein neues sehr wich-
tiges hinzufügen.

Deutsches Reich.

Die Provinzial-Correspondenz schreibt unterm
5. März aus Berlin: „Unser Kaiser ist von dem
neulichen leichten Katarth vollständig wiederhergestellt
und konnte sich fortgesetzt den Regierungsgeschäften in
voller Ausdehnung widmen.“

× Berlin, 5. März. Der Entwurf des Tabak-
besteuerungsgesetzes wird nunmehr in kurzem dem
Bundesrathe als preussischer Antrag zugehen und im
Bundesrathe wahrscheinlich beschleunigte Verathung
finden, sodas das Einbringen desselben im Reichstage
noch vor Ostern erfolgen dürfte. Da in dritthalb
Wochen auch die Tarifcommission ihre Verathungen
zum Abschluß zu bringen hofft, und die auf Grund
der Vorschläge dieser Commission auszuarbeitende Vor-
lage ebenfalls mit möglichster Beschleunigung fertig
gestellt werden soll, so dürfte auch in Bezug auf
diesen Punkt der Bundesrath noch vor Ostern sich
schlüssig machen, sodas die Einbringung der Vorlage
im Reichstage sich gleich nach Ostern erwarten läßt.

N.L.C. Berlin, 5. März. In dem Referat über das
Zollprogramm des Reichskanzlers, welches durch
den Congress der Landwirthe erstattet und von dem-
selben gebilligt wurde, wird eine lange Zahlenreihe

angeführt, die beweisen soll, daß der Preis des Getreides in der Schutzperiode niedrig, in der Freihandelsperiode hoch gewesen sei, daß also der Schutz Zoll das Brot des armen Mannes billiger mache, der Freihandel den Preis desselben erhöhe. Es heißt da, in der Schutzperiode von 1851—60 kosteten 100 Kilogramm Weizen 21 M. 10 Pf., Roggen 16 M. 50 Pf.; in der Freihandelsperiode 1861—70: 100 Kilogramm Weizen 20 M. 40 Pf., Roggen 15 M. 50 Pf.; in der weiteren Freihandelsperiode 1871—77: 100 Kilogramm Weizen 23 M. 10 Pf., Roggen 17 M. 80 Pf. Zunächst ist die Gruppierung dieser Zahlen, deren Richtigkeit wir vorläufig nicht bezweifeln wollen, eine ganz willkürliche. Im Jahre 1867 wurde der Zoll für Getreide in Preußen erst vollständig aufgehoben, aber in den Jahren vorher in einigen Ländern des Zollvereins die freie Einfuhr unter gewissen Bedingungen gestattet, während in Preußen 1853—56 infolge der schlechten Ernte eine erneuerte Suspension der Getreidezölle nötig gewesen war. Dadurch wird die ganze Gruppierung nach Freihandels- und Schutzperioden hinfällig, weil sie den Thatfachen nicht entspricht. Angenommen aber, die Zahlen sind sonst richtig, so beweisen sie nur, was nirgends bestritten wird, daß die Zollfreiheit keinen Einfluß auf den absoluten Preis des Getreides hat, daß dieser im ganzen und großen sich nur nach dem Angebot und der Nachfrage richtet, wie bei allen andern Dingen. Aber den Schluß daraus zu ziehen, daß, weil ohne Schutz Zoll die Getreidepreise nicht gesunken, sondern theilweise gestiegen sind, nun mit Schutz Zoll dieselben sinken würden, ist doch eine so ungeheuerliche Behauptung, daß man wol annehmen darf, diejenigen, die sie aussprechen, glauben selbst nicht daran. Warum dann sonst all das Geschrei nach Schutz Zöllen aus der Nothlage der Landwirtschaft heraus, wenn man ernstlich der Ueberzeugung wäre, der Schutz Zoll würde den Preis des Getreides herabdrücken? In Wahrheit wird der Preis des Getreides hoch sein, wenn in Rußland und Amerika die Ernten schlecht sind, niedrig, wenn in diesen in der Kornzeugung allen andern voranstehenden Ländern die Ernten reichlich sind, einerlei, ob mit oder ohne deutsche Getreidezölle. Der Unterschied ist nur, daß, wenn durch die steigende Bevölkerung in Deutschland, durch die fortgesetzte Ausdehnung des Zuckerrübenbaues, des Kartoffelbaues, der bessern Fütterung zur Mästung und Molkeerei die Nachfrage nach Getreide in demselben Maße wächst und anhäuft wie bisher, die Consumenten, also die brotessende Bevölkerung so gut wie der rationell wirtschaftende Landwirth, den Eingangszoll mit allen Unkosten bezahlen müßten, der gewaltigen Verkehrs- und Handelsbeschränkungen gar nicht zu gedenken.

— Officiell wird unterm 4. März aus Berlin geschrieben: „Die heutigen Aeußerungen verschiedener national-liberaler Blätter bestürzten sehr deutlich und lebhaft eine Verständigung zwischen dem Reichstage und der Reichsregierung über die Zoll- und Steuerfrage. Diese sehr erfreuliche Wendung würde aber natürlich völlig vereitelt werden, wenn das von fortschrittlicher Seite einzuweisen als Führer angeregte Manöver Anklang fände, die gesammelten Zoll- und Steuervorlagen an eine Zwischencommission zu verweisen, welche die Angelegenheit bis zur nächsten Reichstagsession, wol gar bis zum Schluß der Legislaturperiode verschleppen könnte. Daß die Regierung nicht im mindesten geneigt ist, die dringliche Entscheidung durch ein solches Manöver verschleppen zu lassen, zeigt der offenbar autoritative Artikel in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, welcher rundweg erklärt, die Regierung würde den Versuch einer solchen Verschleppung als Ablehnung betrachten.“

— Die Provinzial-Correspondenz bespricht den „Reichshaushalt und die Finanzreform“ und sagt am Schluß ihres Artikels: „Es ist der dringende Wunsch und die Hoffnung der Regierungen, daß es noch in dieser Session gelinge, auf Grund der Vorlagen, die die Regierungen machen werden, die Verständigung in jener Richtung zu erzielen. Diese Hoffnung ist durch die ersten Aeußerungen aus den Reihen der Mehrheit des Reichstages im allgemeinen bestärkt worden. Mit Ausnahme der Fortschrittspartei, deren Wortführer sich in gewohnter schroff ablehnender Weise gegen die Absichten der Regierung aussprach, ist sowohl das Bedürfnis der Finanzreform wie deren Richtung auf die höhere Ausnutzung der indirecten Steuern allseitig anerkannt worden.“

— Auf das neueste Schreiben des Hrn. Cartwright ist der „Post“ von Hrn. v. Kardorff-Wabnitz nachstehende Erwiderung zugegangen: „Mr. Cartwright behauptet die ungenane Wiedergabe einer Unterredung mit ihm durch mich und beruft sich zum Beweise dafür darauf, daß diese nicht, wie ich voraussetzte, bei Graf Münster, sondern bei Dr. Oeist stattgefunden habe. Mr. Cartwright kann hierin recht haben, und ich will auch die Möglichkeit nicht ausschließen, daß ich ihn mit einem andern englischen Gentleman verwechselt, in welchem Falle ich zu meinem Bedauern das zu seinem Lobe Gesagte zurücknehmen müßte: — worauf es aber in der Sache ankommt, ist folgendes: 1) Englische Herren stellen 1873 eine erfolgreiche Agitation zur Aufhebung des englischen Spirituszollens in Aussicht, wenn Ermäßigung der deutschen Eisenzölle zugesagt werden könne; 2) Graf Münster und ich beschloßen, hierüber in nähere Verhandlungen ein-

zutreten; 3) diese Verhandlungen wurden durch die inzwischen beantragte Aushebung der Eisenzölle durch die preussische Regierung unmöglich gemacht; 4) Dr. Delbrück war von der Sachlage in Kenntniß gesetzt und schon im Jahre 1873 habe ich ihm aus diesem Grunde die Aushebung der Eisenzölle als eine überreife Maßregel nachzuweisen gesucht. v. Kardorff-Wabnitz.“

— Der Magdeburgischen Zeitung berichtet man aus Berlin vom 5. März: „Wie wir hören, hat heute bei Berathung des Marineetat's die Budgetcommission beschlossen, um rund 2 Mill. M. den Etat zu verringern. Die Absetzung dieser Summe erfolgte bei dem Indiensthaltungsfonds und bei dem Titel „Bau neuer Panzerschiffe.““

— In Betreff der Wahl des Rittergutsbesizers Tölke (national-liberal) geht der „Post“ die Mittheilung zu: „Rittergutsbesizer Tölke hat erklärt, daß er vollkommen auf dem Standpunkte des wirtschaftlichen Programms des Fürsten Bismarck steht; würde auch ohne dies schwerlich gewählt sein.“

— In der neuesten russischen Circulardepesche (mit welcher man die vom Journal des Débats zuerst in Aussicht gestellte neue Botschafterconferenz zur Orientfrage in Verbindung bringt) soll die russische Regierung die Aufmerksamkeit der Mächte auf die verschiedenen noch schwebenden Fragen im Zusammenhange mit der Ausführung des Berliner Vertrags lenken und die Richtigkeit einer schleunigen Lösung derselben hervorheben. Die russische Regierung ersucht die Mächte, Mittel ausfindig zu machen, um die Schwierigkeiten zu vermeiden, die aus dem Paragraphen des Vertrages entstehen dürften, welcher der Türkei das Recht verleiht, die Balkanlinie militärisch zu occupiren. Ein anderer Gegenstand der Depesche ist die Frage der Administration Ostrumeliens. Es wird auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die zu erwarten sind, falls der Uebergang von der jetzigen provisorischen Administration der Provinz zu der definitiven bis nach der russischen Räumung verzögert werden sollte, und die Depesche hebt die Wichtigkeit hervor, den Wechsel vor dem Abzuge der russischen Truppen zu bewerkstelligen. Was die Frage betrifft der Ernennung des Gouverneurs von Ostrumelien anbetreffend, so glaubt Rußland, die Bulgaren dürften sich mit der Ernennung eines Gouverneurs seitens der Pforte für einverstanden erklären, wenn derselbe ein Nichttürke wäre. Die Nothwendigkeit, zu einem schleunigen Arrangement über die noch immer schwebenden Grenzregulierungsfragen zu gelangen, wird ebenfalls betont, insbesondere die bezügliche der Grenzlinie in der Nähe von Silistria.

— Zu der Auslassung des Militär-Wochenblattes in Betreff der Tröltz'schen Dislocationskarten sind der Redaction des Militär-Wochenblattes von befreundeter Seite folgende Bemerkungen zugegangen:

Abgesehen davon, daß die Voraussetzung — Frankreich habe seinen rechten Hügel an Infanterie geschwächt — nicht zutrifft — denn die Vertheilung ist eine fast gleiche und die Tröltz'sche Karte gibt nicht an, welche 4. Bataillone noch an die Obergrenze detachirt sind — beruht die daselbst ausgesprochene Schlußfolgerung auf einer irrthümlichen Auffassung und zeigt deutlich, daß der sonst wohlunterrichtete Verfasser nicht die volle Kenntniß darüber besitzt, welche Grundzüge bei der neuen Militär-Territorialeintheilung Frankreichs und der durch diese bedingten Dislocation maßgebend gewesen sind. Auch die Bemerkung hinsichtlich der Cavalerie ist keineswegs zutreffend; denn die angelegte überstarke Zusammenziehung an Cavalerie auf dem rechten Hügel hat immer, schon lange vor dem letzten Kriege bestanden, und seitdem ist dort auch nicht eine einzige neue Cavaleriegarrison entstanden.

— Der Deutsche Reichs-Anzeiger vom 5. März schreibt: „Zufolge einer bei dem Auswärtigen Amte eingegangenen telegraphischen Nachricht aus Sanct-Thomas vom 4. März ist der jüngste Bürgerkrieg in Venezuela als beendet anzusehen. Die zum Schutze deutscher Interessen requirirt gewesenen kaiserlichen Kriegsschiffe hatten die venezolanischen Gewässer wieder verlassen: Sr. Maj. Schiff Panfa befand sich in Puerto-Plata und Sr. Maj. Schiff Nymph in Curaçao.“

— Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 wurden verboten: die in Chemnitz erscheinende periodische Druckschrift Chemnitzer Abendblatt; die in Genu erscheinende periodische Druckschrift „Le Révolté. Organe socialiste“ (Imprimerie nouvelle); die in Bremen herausgegebene periodische Druckschrift Bremer Morgenzeitung (Druck und Verlag von Schaefer u. Cassens).

Braunschweig. Der Magdeburgischen Zeitung schreibt man aus Braunschweig vom 4. März: „Seit einiger Zeit herrscht, das läßt sich kaum verkennen, ein frischeres Leben im herzoglichen Residenzschlosse. Es ist dies in erster Linie darauf zurückzuführen, daß der Herzog sich so wohl fühlt, wie lange nicht, sodas er oft zum Scherzen aufgelegt ist. Er erscheint wie verjüngt und er nimmt selbst an unbedeutenden Vorgängen lebhaften Antheil. Bei den seit einiger Zeit stattfindenden größern Sonntagsdinners erschien er heiterer als sonst und war leutselig gegen jeden seiner Gäste. Ob Einflüsse politischer Natur mitgewirkt haben, daß er besonders wohl auf ist, ver-

mag ich nicht zu sagen. Es steht aber fest, daß der Herzog wiederholt seiner Befriedigung darüber Ausdruck gegeben hat, daß die Landesvertretung sein Regimentsgesetz so ohne jegliche Besprechung und ohne eine wesentliche Abänderung angenommen hat. Veranlassung zu den obigen Bemerkungen gibt mir der Befehl des Herzogs, Zimmer im Residenzschlosse bereit zu halten für den Prinzen Albrecht von Preußen, welcher Ende dieser Woche sein 67. Regiment sich vorstellen lassen will und welcher sonst bei gleichen Gelegenheiten immer in einem unserer ersten Gasthäuser Quartier genommen hat.“

Elßaß-Lothringen. † Straßburg, 4. März. In verschiedenen Blättern wird neuerdings wieder mit Bedauern constatirt, daß die Germanisirung Elßaß-Lothringens seit dessen Einverleibung eher rückwärts als vorwärts geschritten sei. Dies ist allerdings nicht zu leugnen, denn die Gesinnung der Bevölkerung ist nicht deutscher geworden, als sie vor sieben Jahren war, im Gegentheil, es lassen sich die Aeußerungen französischer Sympathien viel häufiger vernehmen als früher. Indes muß zugegeben werden, daß man allenthalben die Nothwendigkeit einseht, sich in die geschaffene Lage zu fügen und sich derselben entsprechend häuslich einzurichten. Die Regierung hat, wie von wohlmeinender einheimischer Seite schon oft betont worden ist, von vornherein zwei Hauptfehler begangen, und zwar erstens dadurch, daß sie die französischen Gesetze beibehielt und denselben durch deutsche Verordnungen eine oft willkürliche Auslegung gab, und zweitens, daß sie ihre Organe (Beamten) vorzugsweise aus Elementen wählte, welche dem Volke nicht sympathisch sind. An Stelle der französischen hätte man durch bestimmte deutsche Gesetze die Germanisirung sofort entschieden in Angriff nehmen und dieselbe durch Beamte, welche dem Volke durch Stammverwandtschaft und früheren Verkehr näher standen, also dessen Vertrauen besaßen, fördern müssen. Strammte deutsche Gesetze und eine milde wohlwollende Handhabung derselben, das hätte von vornherein Grundlag sein sollen. Dann hätte einerseits jedermann gewußt, woran er ist, und andererseits sich durch die ihm entgegengebrachte Rücksichtnahme geschmeichelt und angezogen gefühlt. So aber glaubt man ein Recht zu haben, sich als Franzose zu fühlen und stets den Beleidigten herauszulehren, wenn man eine dem entgegengesetzte Behandlung erfährt. Die innern Widersprüche und die Unklarheit der sich unter der Bevölkerung kundgebenden Wünsche sind lediglich aus eine Folge des bisherigen Verwaltungssystems. — Der dem Landesauschuß vorgelegte Landeshaushaushaltetat für 1879/80 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 39,608,660 M. ab. Die Justizverwaltung beantragt für das erste Halbjahr 816,040 M., für das zweite, also nach Einführung der neuen Justizgesetze, 855,030 M. Der öffentliche Unterricht nimmt an fortlaufenden Ausgaben 4,171,810 M. und an einmaligen 2,091,950 M. in Anspruch. Von der letztern Summe kommen 1,847,000 M. auf das neue Hochschulgebäude. Die Tabakmanufaktur, der Stein des Anstoßes aller Tabakfabrikanten, hat im vorigen Jahre dem Staat 500,614 M. eingetragen und die gleiche Summe ist für das laufende Etatsjahr angenommen.

Oesterreich-Ungarn.

Unter dem 4. März wird weiter aus Teplitz berichtet: „Das Wasser in der bloßgelegten Spalte hatte mittags eine Temperatur von 38° N. Die Arbeit schreitet rüstig fort. Um 6 Uhr abends waren nach einer unmittelbar vorhergegangenen Sprengung über 13 Meter abgetreift. Während des Tages herrschte andauernd Festfieber, im Theater fand eine neuerliche Festvorstellung statt. Die ganze Stadt ist illuminirt. Gegenwärtig versammeln sich unter Musikklängen sämtliche Vereine von Teplitz und Schönbau auf dem in der Mitte der Stadt gelegenen geräumigen Schulplatze, von wo aus ein Fackelzug die Straßen durchziehen wird.“ — Baron Kopcsa meldet aus Dublin: „Ihre Maj. die Kaiserin ist hoch erfreut ob der guten Nachricht, dankt für die Mittheilung und beglückwünscht die Stadt.“

Italien.

Durch mehrere Blätter läuft folgende Nachricht: „Wenn der Paps in Rom der eigenthümlichen Einladung Folge leistet, wird sich die Schweiz demnächst der Ehre seines Besuches zu erfreuen haben. Derselbe ist nämlich vor das Amtsgericht in Solothurn geladen, weil er von einem dortigen Geistlichen in dessen Testament, in welchem auch die Kaiser von Oesterreich und Brasilien mit Legaten bedacht worden waren, zum Universalerben eingesetzt ist. Die beiden Kaiser verzichteten sofort auf die ihnen ausgeworfenen Legate; der Paps hat auf die bezügliche Mittheilung noch nicht geantwortet. Nun haben aber die Verwandten das Testament angefochten, weil es im Kopfe des Testators nicht richtig gewesen sei; daher die öffentliche Vorladung des Paps.“

Aus Pa
Revue gesch
hatte schon
einem Feldz
der Anwesen
vom Kaiser
daß ihr Soh
ungarischen
Eitelteschwi
wirklichung
gehoben wa
glücklichen
Lehrreiche,
erwarten zu
richtete. —
sich zur Pfl
Er reifte in
auf. Nach
das Aussehe
der Ausstell

† Londo
wird durch
richtet. Den
den, 8 sei
Sir Theoph
Hauptstadt
Einwohner
drohung, da
lesten wüdr
Transvaalre
sollen. Inf
angesprocher
Sabafrica,
am 4. Feb
Scheptone v
zurückzuehre
warten. Al
am 22. Jan
mit, er wer
suchen, den
Der Oberce
dieser Abg
die Nachricht
wäre die Sa
Sollmacht he

Ueber de
berichtet ma
vom 4. März
Sternen f
Teruereen, v
müssen, weil
Der Schloßbr
fast sämtlich
Betten, sofab
wirkung herb
rechten Hügel
fleidet gerette
Kaiserin die L
dem Anstimm
lassen, bestigen
dringenden Zu
aus: „Mein
zur Familie de
gebracht, wo f
auch die Rün
eiltigt heran.
dahin abzuhol
die Kaiserin in
Schloß Laeten
bereits alles f
Die Kaiserin
und verhält si
Niedergeschlag
Beständen gib
Schloß Teru
schbaren Ein
wird auf mehr
ist die Ursache
Es herrschte e
rasche Umschlag
sonal rettete n
leicht verlegt

Zur Be
langen des
die Ausdehnu
auf Schwed
Ihr von dor
der dortigen
Schweben her
vor sechs Jah
versuchte, näm
aus Staatsm
bahnhypothek
obligationen d
gestellt werde
Eisenbahnen z
flonirt worden

Frankreich.

Aus Paris, 28. Febr., wird der wiener Montags-Revue geschrieben: „Der Sohn Napoleons III. hatte schon im vergangenen Sommer den Wunsch, einem Feldzuge beizuwohnen, und eins der Motive der Anwesenheit der Kaiserin Eugenie in Wien war, vom Kaiser Franz Joseph die Erlaubnis zu erlangen, daß ihr Sohn den böhmischen Feldzug in der österreichisch-ungarischen Armee mitmache. Einige Details und Einzelheiten verzögerten die sofortige Verwirklichung dieses Planes, und als dieselben endlich gehoben waren, hatte der Feldzug bereits einen so glücklichen Verlauf genommen, daß der Prinz all das Schreckliche, das er sich davon versprochen, nicht mehr erwarten zu dürfen glaubte und ganz darauf verzichtete. — Bekanntlich hat der Prinz von Wales sich zur Pflege seiner Gesundheit nach Pau begeben. Er reiste incognito und hielt sich in Paris nur kurz auf. Nach der Versicherung eines Augenzeugen hat das Aussehen des hohen Gastes sich seit dem Schlusse der Ausstellung bis zur Unkenntlichkeit verändert.“

Großbritannien.

London, 4. März. Eine höchst sonderbare Sache wird durch die neu eingetroffenen Capzeitungen berichtet. Dem Cape Argus war nämlich gemeldet worden, es sei überwiegender Grund zu der Annahme, Sir Theophilus Shepstone sei nach Pretoria, der Hauptstadt von Transvaal, zurückgegangen, um die Einwohner zum Kampfe aufzurufen unter der Androhung, daß denjenigen, die dem Aufrufe nicht Folge leisten würden, auf Grund eines alten Gesetzes der Transvaalrepublik ihre Besitzungen confiscirt werden sollen. Infolge der Entrüstung, die allerseits darüber ausgesprochen wurde, sah sich der Obercommissar für Südafrika, Sir Bartle Frere, veranlaßt, Folgendes am 4. Febr. veröffentlicht zu lassen: „Sir T. Shepstone verließ Pietermaritzburg, um nach Utrecht zurückzukehren und Oberst Lanyon's Ankunft abzuwarten. Als er von dem Mißgeschick bei Sandula am 22. Jan. hörte, theilte er dem Obercommissar mit, er werde nach Staudenton gehen, um zu versuchen, den Obersten Wood mit Berittenen zu versehen. Der Obercommissar hat keinerlei Instruktionen in dieser Angelegenheit an Shepstone erteilt und hält die Nachricht des Argus für unbegründet.“ Möglich wäre die Sache also doch, da Shepstone unbefristete Vollmacht hat.

Belgien.

Ueber den Brand des Schlosses Terwueren berichtet man der Neuen Freien Presse aus Brüssel vom 4. März:

Seitern früh hat Kaiserin Charlotte aus dem Schlosse Terwueren, welches sie seit sieben Jahren bewohnte, flüchten müssen, weil im Gebäude plötzlich Feuer ausgebrochen war. Der Schloßbrand entstand Montag morgens um 5 1/2 Uhr. Fast sämtliche Bewohner des Schlosses waren noch in den Betten, sobald der Ausbruch des Feuers eine große Verwirrung hervorrief. Die Kaiserin Charlotte, welche den rechten Flügel des Schlosses bewohnte, mußte halb angekleidet gerettet werden. Es kostete Mühe, der unglücklichen Kaiserin die Lage begreiflich zu machen. Sie setzte zuerst dem Ansinnen, das von ihr so sehr geliebte Asyl zu verlassen, heftigen Widerstand entgegen, gab aber zuletzt dem dringenden Bitten aller nach. Wiederholt rief die Kaiserin aus: „Mein armer Palast!“ Zuerst wurde die Kaiserin zur Familie des Leibarztes Dr. Urs, der in der Nähe wohnt, gebracht, wo sie die liebevollste Aufnahme fand. Bald kam auch die Königin der Belgier in einem offenen Wagen eiligst heran. Sie kam von Laeken, um Kaiserin Charlotte dahin abzuholen. Gegen 11 Uhr vormittags brachte man die Kaiserin in Begleitung des Irrenarztes Dr. Smet auf Schloß Laeken. In diesem Schlosse hatte der König Leopold bereits alles für die Aufnahme seiner Schwester vorbereitet. Die Kaiserin ist in still gelegenen Zimmern untergebracht und verhält sich seitdem sehr ruhig. Es ist zwar eine tiefe Niedergeschlagenheit bei ihr zu bemerken, ihr körperliches Befinden gibt aber zu keinen Besorgnissen Anlaß. Das Schloß Terwueren ist total abgebrannt. Man hat von der zerstörten Einrichtung nichts retten können. Der Verlust wird auf mehr als eine Million Francs geschätzt. Derselbe ist die Ursache des Entstehens der Feuersbrunst unbekannt. Es herrschte ein starker Wind, wodurch sich das fürchtbar rasche Umsichgreifen des Brandes erklärte. Das Dienstpersonal rettete nur das nackte Leben. Ein Kammerdiener ist leicht verletzt worden.

Schweden und Norwegen.

Zur Bekräftigung der in den letzten Verhandlungen des Reichstages gemachten Andeutungen über die Ausdehnung der allgemeinen Geschäftskrisis auch auf Schweden führt die National-Zeitung aus einer ihr von dort zugegangenen Correspondenz, die mit der dortigen Regierung nahe Fühlung hat, aus, „daß Schweden heute vor denselben Schritten steht, die man vor sechs Jahren in Oesterreich mit so wenig Erfolg versuchte, nämlich: der Unterstützung kranker Institute und Staatsmitteln“. Es soll ein sogenannter „Eisenbahnhypothekensfonds“ (von 30 Mill. Kronen) in Staatsobligationen dem Reichsschuldencomptoir zur Verfügung gestellt werden, um Obligationen solcher privaten Eisenbahnen zu befehlen, die vor Ende 1878 concessionsiert worden sind und sich in den Händen von Spar-

banken, öffentlichen Kassen oder Creditinstituten, deren Statuten die königliche Sanction erhalten haben, befinden.

Rußland.

Die „Post“ schreibt: „Einzelheiten, welche nach und nach über die jüngst in Rußland vorgekommenen politischen Verbrechen bekannt werden, lassen die Organisation und die Beweglichkeit der revolutionären Partei daselbst recht bedrohlich erscheinen. Gleichzeitig mit oder vielleicht schon vor dem Nordanfall auf den Fürsten Krapotkin in Chartow hat man in den Auditorien der petersburger Universtät sein gedrucktes Todesurtheil publicirt und in Chartow hat man Plakate mit dem Motto „Tod für Tod“ gefunden, wie dergleichen auch während des Processes der Wjersa Saffulitsch in Petersburg verbreitet wurden. In Kiew hatte die Polizei endlich eine der geheimen Druckereien entdeckt, aus welcher solche Plakate und eine Masse von revolutionären Schriften hervorgehen. Die schon gemeldet, leisteten die in der Druckerei versammelten Personen heftigen Widerstand, tödteten einen Gendarmen und verwundeten mehrere. Es wird jetzt erzählt, daß von seiten der Verschworenen bei dieser Gelegenheit an 30 Schüsse gefallen seien. In Odessa ist ein Rißikist, auf den der Verdacht des Spionirens gefallen war, ermordet worden. Von mehreren Seiten kommt die Meldung, daß die Rißikisten den Ausbruch der Pest zu benutzen suchen, um die untern Volksklassen, die ohnehin bei jeder plötzlich auftretenden Epidemie geneigt sind, an Brunnenvergiftung und andere unsinnige Anklagen gegen die Behörden zu glauben, mit Unruhe zu erfüllen und zu Gewaltthaten zu reizen. Bis jetzt glücklicherweise ohne Erfolg. Indessen sind die falschen Alarmnachrichten ohne Zweifel als Machinationen der revolutionären Partei zu erklären. Merkwürdig und schwer erklärlich wäre es, wenn, wie erzählt wird, unter den Aerzten, welche mit der Untersuchung verdächtiger Krankheitsfälle zu thun haben, sich Individuen befänden, die als Mitglieder nihilistischer Verschwörungen schwere Strafen erlitten haben. Wessen Erinnerung 20—30 Jahre zurückreicht, der wird jetzt zuweilen des „Rundschauers“ gedenken müssen, der Rußland als den „Hort der conservativen Interessen“ zu feiern pflegte, und wird sich fragen, wie der Präsident v. Gerlach sich heute würde vernehmen lassen.“

Die deutsche Sanct-Petersburger Zeitung vom 2. März enthält eine Mittheilung, wonach dem Grafen Melikow mittels kaiserlicher Verfügung 300 Grenzsoldaten unter einem der ältern Obersten der Grenztruppe nebst 3 Sectionskommandeuren und 16 Offizieren mit voller Bewaffnung zur Verfügung gestellt worden sind, um daraus Cadres bei der Organisation der Quarantänecorps für einzelne Ortsschaften des Gouvernements Astrachan zu bilden.

Türkei.

In Konstantinopel scheint bezüglich der Verhandlungen mit Griechenland eine sehr seltsame Auffassung zu herrschen, wenigstens schreibt man der wiener Politischen Correspondenz von dort:

Es ist Grund zur Annahme vorhanden, daß die türkisch-griechischen Verhandlungen, ungeachtet der Anstrengungen des französischen Botschafters, gar keine Fortschritte machen. Hr. Fourmier benutzte auch das vorgestrige Ballfest beim österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Nishy, um bei Karatheodorow-Vascha die griechische Sache warm zu vertreten. Auch mit Konduktiois conferirte der Botschafter lange, ohne ihm bei der offenkundigen Abneigung der Türken, den Ratsschlüssen Europas gerecht zu werden, eine besonders beruhigende Mittheilung machen zu können. Nicht minder steht es fest, daß Fourmier jede Geltung und jeden Einfluß auf der Pforte und im Palais verlieren wird, wenn das Tocqueville'sche Finanzproject scheitern sollte. Auf der Pforte ist man von dem Scheitern der Unterhandlungen von Preveza so überzeugt, daß man bereits den Gedanken einer Collectivvermittlung Europas ins Auge faßt. Vor acht Tagen ist eine vertrauliche Depesche an Sadullah-Bei nach Berlin abgegangen, welche ihn beauftragt, anzufragen: 1) ob die deutsche Regierung die Absicht habe, in dem griechisch-türkischen Conflict zu interveniren, und 2) unter welchen Bedingungen diese Intervention Platz greifen würde. Die Antwort des berliner Cabinets ist noch unbekannt.

Königreich Sachsen.

* Leipzig, 6. März. Das Comité für das Siegesdenkmal macht bekannt:

Von dem Verwaltungscomitte der Stiftung für die Stadt Leipzig ist uns zu Gunsten des Siegesdenkmals die Summe von 5000 M. zur Verfügung gestellt worden. Wir fühlen uns gedrungen, dem gebrachten Verwaltungscomitte für diese wirksame Förderung unserer Zwecke auch hierdurch unsern wärmsten Dank auszusprechen. Leipzig, 4. März 1879.

Das Comité für das Siegesdenkmal Dr. Georgi, Vorsitzender.

++ Leipzig, 6. März. Das Collegium der Stadtverordneten hatte sich in seiner gestrigen Plenarsitzung wiederholt mit dem Baue eines Alumniums für die Thomasschule zu beschäftigen. Bau- und Schulausschuß beantragten auch diesmal, die Vorlage

des Rathes abzulehnen. Das Collegium lehnt den Ausschußantrag ab und genehmigt den Antrag des Directors Dr. Wachsmuth, die Rathsvorlage anzunehmen unter der Voraussetzung, daß etwaige Modificationen des Bauplanes unter Zuziehung von Rath deputirten durch den Bau- und Schulausschuß erledigt werden. Für die Volksschulen an der Sebastian-Bachstraße wird vom Bau- und Schulausschuße beantragt, bei dem frühern Beschlusse, Ofenheizung einzuführen, stehen zu bleiben, womit das Collegium sich einverstanden erklärt. Hierauf werden einige Budgetconten erledigt, die übrigen Verhandlungsgegenstände aber vertagt.

Sprechsaal.

* Leipzig, 6. März. Unter Bezugnahme auf unsere Bemerkungen in Nr. 49 und 50 über die Demonstration im hiesigen Neuen Theater erhielten wir von einem angesehenen Bürger Leipzigs eine Zuschrift, worin er sich beklagt, daß die von uns dort als das allein correcte Mittel empfohlene öffentliche Kundgebung von Beschwerden in Bezug auf das Theater durch die Presse durch die Nichtaufnahme solcher seitens der hiesigen Localblätter unmöglich gemacht sei, zugleich eine Art von Rechtfertigung des von uns gerügten Vorganges versucht. Wir glauben es der Gerechtigkeit schuldig zu sein, diesen letztern Theil der Zuschrift mitzutheilen, während wir den andern, der sich auf hiesige Pressverhältnisse bezieht, als nicht geeignet zur Veröffentlichung hier beiseitelassen. Auf den Streit selbst zwischen der Theaterdirection und ihren Gegnern können wir uns natürlich nicht einlassen; das ist zunächst Sache entweder der Localpresse oder selbständiger Publicationen. Die gedachte Rechtfertigung lautet:

„Eines Mannes Rede ist keine Rede, man soll sie hören beide.“ Zur Richtigstellung des Vorganges im Stadttheater vom 24. Febr. möge Folgendes dienen: Die Mißfallsbezeugung galt ausschließlich der Direction Förster-Neumann. Die Veranlassung war nicht, wie man in den Leipziger Nachrichten und an andern Orten dem Publikum glauben machen will, die Entlassung eines Logenschlichters, sondern der lange verhaltene Unwille und die Unzufriedenheit der Abonnenten, welche eine passende Gelegenheit, sich zu äußern, suchte und da zu finden glaubte, wo es geschehen konnte, ohne daß Unschuldige darunter zu leiden hätten oder der Verdacht der Veranlassung dazu auf das Stück und die Darsteller gelenkt werden dürfte. Dies war hier der Fall: nach wenigen einleitenden Worten betrat der „Director“ Förster die Bühne, und noch ehe der „Schauspieler“ Förster ein Wort der erhabenen Dichtung gesprochen hatte, empfing der „Director“ die für ihn unzweideutigen Ausdrücke des Mißfallens über seine Leitung. Nachdem die Demonstration beendet, dachte niemand daran, den „Schauspieler“ Förster als Kathan zu tadeln oder den ihm vielleicht geredeterweise zukommenden Beifall zu föhren. Mit Ausnahme der Abonnenten hatte sich das kunstliebende Publikum äußerst spärlich eingefunden und bekämpfte dadurch gewissermaßen die Meinung, die es von der Aufführung hat, welche das Meisterwerk Lessing's an hiesiger Bühne erschuf und die auch die der Unzufriedenen ist. Ebenso blieb der Verein der Theaterfreunde unbetheiligt, dem man so gern die misliebige Demonstration in die Schuhe schieben möchte. Die Theaterleitung kann keinen Zweifel begen, wer die Demonstration waren, und die ihr gütigst geneigten Berichterstatter erzielen ihr einen sehr fraglichen Dienst, wenn sie diejenigen beschimpfen, welche die wesentlichen Beiträge zur Erhaltung der Bühne leisteten. Zugelassen, daß diese Art, seinen Unwillen auszudrücken, keine zarte ist, so ist andererseits die Behandlung, welche das Publikum und die Kunst im Theater erfährt, auch keine feine, und der Ort, wo dies geschah, in dem Sinne kein falsch gewählt, als es der ist, wo sich Beifall geltend machen darf und die Ausübung einer Kritik der Direction mithin ebenfalls Berechtigung hat. Was dem Käufer versprochen wurde zu leisten, soll hier geschehen; ist er damit nicht zufrieden, so kann es kein Verbrechen sein, wenn er es hier äußert.“

Wir haben dazu unsererseits nur noch Folgendes zu bemerken. Daß dem Publikum das Recht zusteht, einem Theaterstück, dem Ensemble einer Darstellung oder einem einzelnen Künstler gegenüber sein Mißfallen laut und unzweideutig auszusprechen, haben wir schon in Nr. 50 für selbstverständlich erklärt; nur können wir nicht finden, daß, weil vielleicht diese oder jene Stücke jetzt bisweilen vorgeführt werden, die manchen nicht gefallen, oder der und jener Künstler engagirt ist, an dessen Stelle man lieber eine andere Kraft sähe, es darum nun angemessen sei, bei einem Stücke, gegen das doch wol niemand etwas einzuwenden hat, und gerade in dem Moment, wo der „Director“ Förster als „Schauspieler“ in einer seiner anerkannt bedeutendsten Rollen die Bühne betritt, einen Skandal zu veranlassen. Allgemeine Beschwerden, wir wiederholen es, gehören nach unserer Ueberszeugung nicht ins Theater, sondern in die Presse oder in Versammlungen, wo mit Gründen und Gegengründen gekämpft wird, nicht mit Stiefelsohlen oder Pfeisken.

Handel und Industrie.

Eine Spar- und Versorgungskasse für Arbeiter.

Ueber eine solche berichtete Böhmert's Social-Correspondenz in Nr. 14 folgendermaßen: „Am Weihnachtstage 1878 hat die Fabrik von Ernst Fr. Weißklog in Gera das Statut einer Spar- und Versorgungskasse für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Fabrik veröffentlicht, welches von jedem Unternehmer nachgeahmt werden kann, der Kräfte und Mittel besitzt, um für seine Mitarbeiter Opfer zu bringen, die vielleicht im Falle von Mehrleistungen und bei friedlichem Zusammenwirken aller Theile dem Geschäft selbst Gewinn bringen. Das Statut lautet:

„Die unterzeichneten Geschäftsinhaber der Firma Ernst Fr. Weißklog haben sich entschlossen, eine Spar- und Versorgungskasse für ihre Arbeiter zu begründen, um den treu zu ihrem Hause stehenden Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich für ihre spätern Lebensjahre ein kleines Kapital zu beschaffen. Diese Kasse soll nach den Bestimmungen eingerichtet und verwaltet werden und mit dem 1. Jan. 1879

Leipziger Börse.

6. März.

Wechsel.

Table with exchange rates for various locations including Amsterdam, London, Paris, and Petersburg.

Deutsche Fonds.

Table listing various German bonds and securities with their respective values and interest rates.

Bank-Disconto.

Table showing bank discount rates for different banks and locations.

Sorten.

Table listing various types of banknotes and their values.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table listing shares of various railway companies.

Table listing shares of various companies including Berlin-Stettin, Chemnitz, and others.

Eisenbahn-St.-Fr.-Actien.

Table listing shares of railway companies.

Bank-u. Credit-Actien.

Table listing shares of various banks and credit institutions.

Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior.

Table listing shares of industrial companies and their preferred shares.

Zins-Term.

Table listing interest rates for various terms.

Zins-Term.

Table listing interest rates for various terms.

Zins-Term.

Table listing interest rates for various terms.

Zins-Term.

Table listing interest rates for various terms.

Zins-Term.

Table listing interest rates for various terms.

Zins-Term.

Table listing interest rates for various terms.

Zins-Term.

Table listing interest rates for various terms.

Zins-Term.

Table listing interest rates for various terms.

Inl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing domestic railway bonds and obligations.

Inl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing domestic railway bonds and obligations.

Inl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing domestic railway bonds and obligations.

Inl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing domestic railway bonds and obligations.

Inl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing domestic railway bonds and obligations.

Inl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing domestic railway bonds and obligations.

Inl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing domestic railway bonds and obligations.

Inl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing domestic railway bonds and obligations.

Zins-Term.

Table listing interest rates for various terms.

Zins-Term.

Table listing interest rates for various terms.

Zins-Term.

Table listing interest rates for various terms.

Zins-Term.

Table listing interest rates for various terms.

Zins-Term.

Table listing interest rates for various terms.

Zins-Term.

Table listing interest rates for various terms.

Zins-Term.

Table listing interest rates for various terms.

Zins-Term.

Table listing interest rates for various terms.

Ankündigungen.

Notice regarding the Theater der Stadt Leipzig, Neues Theater, and Concert Dengremont.



Wir führen Wissen.

SOMMER

Die Grands Magasins du
Printemps in Paris
beehren sich hiermit anzuzeigen dass
der General-Katalog der Sommer-Saison
binnen Kurzem erscheinen wird.
Um dies reizende kleine Moden-Album,
gratis und franco, zu erhalten beliebe
man zu schreiben an
Herrn Jules JALUZOT
Grands Magasins Printemps
PARIS.

1879

Verlag von **J. A. Brockhaus** in Leipzig.
Blätter für literarische Unterhaltung.

Herausgegeben von **Rudolf von Gottschall.**

Jahrgang 1879.

4. In 52 wöchentlichen Nummern von 2 Bogen.

Preis pro Semester 15 M.

Inhalt der Nummern 6-9:

Nr. 6. Sumatranische Wanderungen. Von Alfred Kirchhoff. — Biographische Schriften. — Zum parlamentarischen Parteiwesen. — Eine Pseudonovelle. — Feuilleton. (Deutsche Literatur; Theater und Musik; Aus der Schriftstellerwelt.) — Nr. 7. Drei Dramen von Henrik Ibsen. Von Karl Niffel. — Biographische und politische Studien. — Romane und Erzählungen. — Talmudisches. Von Rudolf Doehn. — Feuilleton. (Deutsche Literatur.) — Nr. 8. Friedrich Spielhagen's neuer Roman. Von Rudolf von Gottschall. — Zur Welt- und Zeitgeschichte. Von Walter Rogge. — Drei Dramen von Henrik Ibsen. Von Karl Niffel. (Schluß.) — Socialistisches und Antisocialistisches. Von P. von Scheel. — Philosophische Vorträge. — Feuilleton. (Theater und Musik.) — Nr. 9. Neue Romane. Von Friedrich Karl Schubert. — Zur jüdischen Literatur. Von David Usher. — Germanistische Schriften. Von Karl Schröder. — Zur Biographie Anastasius Grün's. Von Paul Garder. — Feuilleton. (Ausländische Urtheile über neue Erscheinungen der deutschen Literatur.) — Bibliographie. — Anzeigen.

Die einzige Zeitschrift, welche die neuen Erscheinungen der gesammten nicht streng fachwissenschaftlichen deutschen Literatur mit möglichster Vollständigkeit und ebenso anregend als maßvoll bespricht. Ihre Lectüre ist allen, welche den Bewegungen der Literatur im Zusammenhange zu folgen wünschen, zum Bedürfnis geworden, sobald kein Journaleinzel, kein Local-Feuilleton oder durch andere Zeitschriften ersetzt werden kann.

Alle Buchhandlungen nehmen Bestellungen an und legen die erste Nummer des neuen Jahrgangs zur Ansicht vor. [513-14] [546]

110 Ausgabe

„Auf Grund der thätigsten erhaltenen Heilerfolge kann das bereits in 110. Aufl. erschienene erkrankte Buch: „Dr. Wiegand's Naturheilmethode“, Preis 1 Mark, allen Kranken auf's Beste zur Anschaffung empfohlen werden. In diesen 64 Seiten starken Werke findet ein Jeder, gleichviel an welcher Krankheit leidend, tausendfach bewährte, leicht zu befolgende Rathschläge, die, wie zahllose Dankschreiben beweisen, oft schon Schwere Kranken nach Hilfe — Heilung brachten.“

„Nur auf Wunsch eines 108 Seiten starken Ausg. gratis und franco.“

„In Nr. 39 b. Bl. war der Preis irrthümlich zu 50, resp. 60 Pf. angegeben.“

Leipziger Tageskalender vom 7. März.

Bibliotheken:
 Universitäts-Bibliothek 2-4 Uhr.
 Volksbibliothek I. (A. Bürgerstr.) 7-9 Ab.
 Volksbibliothek III. (alte Nicolaischul.) 7-9 Ab.
 Volksbibliothek IV. (Ritzberg, 6. Il.) 7-9 Ab.
 Städtisches Museum 10-4 Uhr (freier Eintritt).
Kunst-Gewerbe-Museum und Vorbilderversammlung für Kunstgewerbe, Thonwarenfabrik 20, Sonntag, 10 bis 1, Mittw. u. Freit. 11 bis 1 Uhr Mittags unentgeltlich geöffnet. — Unentgeltl. Auskunft und Entgegennahme von Aufträgen auf Zeichnungen u. Modelle für kunstgem. Arbeiten an allen Wochentagen Mittags 1/2, 12-1/2, 1 Uhr.

Telegraphenanstalten:
 1. Kaiserl. Telegraphenamts (mit ununterbrochenem Dienst bei Tag und Nacht) Kleine Fleischergasse 5.
 2. Telegraphenweiganstalt auf d. Börse, Marksmarkt (geöffnet v. 11 U. B. — 3 1/2 U. Nachm.)
 3. Kaiserl. Postamt Nr. 1, Postg. a. Augustuspl.
 4. Kaiserl. Postamt Nr. 2, a. Dresdener Bahn.
 5. Kaiserl. Postamt Nr. 3, a. Bairischen Bahn.
 6. Kaiserl. Postamt Nr. 4, in der Mühlgasse.
 7. Kaiserl. Postamt Nr. 6, in der Weststraße.
 8. Kaiserl. Postamt Nr. 7, am Rausch. Steinw.
 9. Kaiserl. Postamt Nr. 8, auf d. Eilenb. Bahn.
 (Die unter 3-9 aufgeführten Telegraphenanstalten haben beschränkten Tagesdienst.)
Neues Theater. Besichtig. b. innern Räume 2-4 Uhr. Meldung beim Theaterinspector.
Del Vecchio's Kunstausstellung (Kaufhalle 10-4 Uhr.)

Verlag von **J. A. Brockhaus** in Leipzig.

Teuerdank.

Herausgegeben von **Karl Goedeke.**

8. Geh. 3 M. 50 Pf. Geb. 4 M. 50 Pf. (Deutsche Dichter des sechzehnten Jahrhunderts 10. Bd.)

Die altberühmte Dichtung „Teuerdank“, nach dem Plane des Kaisers Max. des „letzten Ritters“, von dessen Geheimschreiber Melchior Pfünzig verfaßt, wird hier in einer correcten, zeitgemäßen und wohlfeilen Ausgabe dargeboten und von dem Herausgeber Professor Goedeke durch eine literargeschichtliche Abhandlung eingeleitet. [547]

Ein Obersecundaner der Realschule I. Ordnung wünscht in einem renommirten kaufmännischen Geschäft als Gehilfe und Familienmitglied aufgenommen zu werden. Gef. Offerten unter **D. K. 61 Haasenstein & Vogler, Erfurt**, erbeten. [548]

H. v. Treitschke, Deutsche Geschichte.

Bei **G. Fintel** in Leipzig ist soeben erschienen:

Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert
von **Heinrich von Treitschke.**
Erster Theil.

Inhalt: Erster Buch: Einleitung. Der Untergang des Reichs. 1. Deutschland nach dem Westfälischen Frieden. 2. Revolution und Fremdenherrschaft. 3. Preussens Erhebung. 4. Der Freiheitskrieg. 5. Ende der Kriegszeit. Zweites Buch: Die Anfänge des Deutschen Bundes 1814-1819. 1. Der Wiener Congreß. 2. Erste Alliance.

gr. 8. Preis geheftet: **M. 10.**
Elegant in Halbaffian gebunden: **M. 18.** [543]

Soeben erschien das 157. Heft von **Brockhaus' Conversations-Lexikon.**

Zwölfte Auflage.

180 Hefte zum Subscriptionspreise von 50 Pf.
Das Werk ist auch in 15 Bänden (Preis des Bandes geb. 6 Mark, in Halbaffian 7 1/2 Mark) zu beziehen. Der erste bis dreizehnte Band (A-Stabilität) liegen bereits vollständig vor.

Unterzeichnungen nehmen alle Buchhandlungen an.

Übersicht

der Sächsischen Bank zu Dresden am 28. Februar 1879.

Activa.	
Courantfähiges Deutsches Gold	19,577,752
Reichskassenscheine	384,830
Noten anderer Deutscher Banken	2,810,100
Sonstige Kassen-Bestände	1,098,780
Wechsel-Bestände	34,238,676
Lombard-Bestände	4,840,581
Effecten-Bestände	5,613,046
Debitoren und sonstige Activa	5,163,686
Passiva.	
Eingezahltes Actien-capital	30,000,000
Reservofonds	3,209,135
Baunknoten im Umlauf	33,208,200
Täglich fällige Verbindlichkeiten	778,137
An Kündigungsfrist gebundene Verbindlichkeiten	4,456,072
Sonstige Passiva	2,048,907

[544] **Die Direction.**

Commis-Gesuch.

In einem größeren Fabrikgeschäft Sachseus findet ein militärfreier junger Mann, mit schöner Handschrift und gewandt in der Correspondenz, möglichst auch in der französischen, dauernde Stellung mit 1000 jährlichem Gehalt. Antritt 1. April a. c. Anträge unter Chiffre **A. 2664**, vermittelt **Rudolf Mosse** in Leipzig. [520-21]

Vorläufige Anzeige.

Die **3. Kammermusik** im Saale des Gewandhauses (II. Cycles) findet **Montag den 10. März Abends 1/2 7 Uhr** statt. Billets à 3 M. sind im Bureau der Concert-Direction und am Haupteingange des Saales zu haben. [545] **Die Concert-Direction.**

Verantwortlicher Redacteur: **Prof. Dr. Karl Biedermann** in Leipzig. — Herausgeber: **Dr. Eduard Brockhaus** in Leipzig. — Druck und Verlag von **J. A. Brockhaus** in Leipzig.

Bei **Otto Klemm** in Leipzig — **Ernst'schen** Buchhandlung in Ludwigsburg und in allen Buchhandlungen zu haben:

Um in allen Lebensverhältnissen besser fortzukommen, liefert die besten Anweisungen die **30. Auflage** von

Fr. Meyer, Neues Complimentirbuch.

Enthaltend: **64 Glückwünsche bei Neujahr- und Geburtstagen**, — **15 Liebesbriefe**, — **Anekdoten beim Tanze**, — **20 Gedichte bei Hochzeiten- und Geburtstagsfeierlichkeiten**, — **35 Stammbuchverse**, — **eine Blumenprache**, — **72 Toaste** und **20 belehrende Abschnitte über Anstand und Feinsitte**. Dreißigste Auflage. Preis 1 M. 25 Pf.

Von allen bis jetzt erschienenen Complimentirbüchern ist das von **Fr. Meyer** herausgegebene das beste, vollständigste und empfehlenswerthe. [407]

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Fr. Kaufmann **Friedrich Dreifert** in Dresden mit Fr. Marie Genesl in Gera. — Fr. Simon Hoffmann aus Berlin mit Fr. Henriette Hermann in Straußberg. — Fr. Kaufmann **Ernst Israel** in Dresden mit Fr. **Rami Zachariae**. —

Fr. Postsecretär **Rüstner** in Pirna mit Fr. **Helene Rehnert**. — Fr. **Gustav Salzbrunner** in Mettau mit Fr. **Anna Bied.** — Fr. **Max Febr. Sped.** v. Sternburg in Pöhlitz mit Fr. **Idore v. Hundt** in Stahmeln.

Getraut: Fr. **Hugo Söderich** in Plauen i. V. mit Fr. **Martha Trümper** aus Zwickau. — Fr. **Eduard Heyer** in Leipzig mit Fr. **Bertha Schäfer**. — Fr. **Dr. med. Joseph Kipping** in Rada mit Fr. **Clara Loewel**. — Fr. **Willingenieur E. Seyfert** in Leipzig mit Fr. **E. Ehrentraut**.

Geboren: Fr. **Art. G. Weder** in Weihen ein Sohn. — Fr. **Dr. med. Facillides** in Reichenbach i. V. ein Sohn. — Fr. **Emil Senf** in Leipzig ein Sohn. — Fr. **Dr. Ganitz Spänich** in Rannhof ein Sohn. — Fr. **Abolf Thallwig** in Laucha eine Tochter.

Gestorben: Fr. **Johanna Sophie Dittmann**, geb. Schauer, in Leipzig. — Fr. **Gustav Eduard Bläser** in Leipzig. — Fr. **Oberst j. D. Wolbemar Febr. v. Kochitz** in Dresden. — Fr. **Sophie Wilhelmine Köhler**, geb. Kunhardt, in Leipzig. — Fr. **Victor Kühn** in Grimnitzschau. — Fr. **Iba Reinholz**, geb. Frigische, in Dresden. — Fr. **Kaufmann Julius Karl Schubert** in Leipzig. — Fr. **Karoline verw. Schuber**, geb. Fahrmann, in Polen bei Neustadt-Golpen. — Fr. **Dr. med. Rudolf Walther** in Freiberg.